



Wozu brauchen wir die GEW?

Unsere Mitglieder antworten

Leserbriefe:
Debatte um
Corona-Politik

Interview mit
Sascha Aulepp:
Impfpflicht für Erwachsene

Preisrätsel:
Büchergutschein und
GEW-Sekt zu gewinnen

Inhalt

- 2 **Moment mal und in-Team**
- 4 **GEW Gremien**
- 6 **Tarifaktionen**
- 8 **GEW Gremien**
- 9 **Zeitlupe: Gerechte Steuerpolitik**
Marc Buggeln
- 10 **Interview:** Sascha Aulepp
- **Schwerpunkt**
- 13 **Vorwort**
Karsten Krüger
- 14 **Wozu brauchen wir die GEW?**
Acht Autor:innen schreiben ihre individuellen Geschichten auf, wozu die GEW gebraucht wird.
 - Peter Reckemeyer, Bremerhaven
 - Ana Isabel Hüller, Bremerhaven
 - Sandra Pilster, Bremen
 - Yelda Cedidi, Bremen
 - Maike Wiedwald, Bremen
 - Axel Dietrich, Bremerhaven
 - Inga von Hagen, Bremerhaven
 - Corinna Genzmer, Bremen
- 27 **Gewerkschaften im Recht**
Gerd Rethmeier

Sascha Aulepp im Interview

Seite 10



Schwerpunkt

Seite 13

Wozu brauchen wir die GEW?

- **Bildung und Gesellschaft**
- 28 **Kernfragen der GEW, Teil 16**
Bernd Winkelmann
- 32 **Rückblick auf die Apartheid**
Werner Pfau
- 35 **Altersteilzeit**
Ingo Lenz
- 36 **Bildungskatastrophe**
Helmut Zachau
- 38 **75 Jahre Bremer Frauenausschuss**
Inge Voigt Köhler
- **Rubriken**
- 40 **GEW-intern**
- 43 **Corona-Debatte**
Werner Pfau
- 44 **Leserbriefe**
- 47 **Glückwünsche**
- 48 **Bücher und Medien**
- 50 **Frischluff**
Wilfried Meyer
- 51 **GEW-Termine, Impressum**
- 52 **Hinweise und Seminare**

Das Titelmotiv von unserer Fotografin Susanne Carstensen, zeigt **Sandra Pilster**, Lehrerin an der Allgemeinen Berufsbildenden Schule

Führungsgremium wird weiblicher

Bremischer Gewerkschaftstag wählt, diskutiert und gibt der Landeszeitung einen neuen Namen

Von *Elke Suhr*

Der Bremische Gewerkschaftstag ist das höchste Beschlussgremium der GEW Bremen. Die knapp 90 Delegierten aus allen Bildungsbereichen sind im Frühjahr in einer Urwahl der gut 5.000 Mitglieder gewählt worden. Etwa 70 Delegierte und mehrere Gäste waren im Bürgerzentrum Neue Vahr am 22. und 23. November anwesend. Obgleich in Bremen zu dem Zeitpunkt noch die Warnstufe null galt, fand der Gewerkschaftstag unter 3G plus Masken, Abstand und Schnelltests statt. Leider konnten aufgrund der Pandemie nicht, wie in der Vergangenheit üblich, alle Nachrücker*innen eingeladen werden.

Carmen, Barbara und Elke

Bei den Wahlen wurden die beiden Landessprecherinnen Barbara Schüll und Elke Suhr mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Den geschäftsführenden Landesvorstand komplettiert die Bremerhavener Berufsschullehrerin Carmen Rehkopf, die als neue Schatzmeisterin gewählt wurde. Erstmals besteht der gewählte Geschäftsführende Landesvorstand ausschließlich aus Frauen. Der bisherige dritte Landessprecher Jan Ströhl stand aus privaten Gründen nicht mehr zur Verfügung; der ehemalige Landesschatzmeister Nick Strauss ist seit Juni Bundesschatzmeister der GEW. Vor seinem Abschied erläuterte Nick in seiner einzigartigen Art den Haushaltsabschluss und die weitere Haushaltsplanung. Als eindringlicher Appell ist dabei die Aussage zu werten, dass es notwendig ist, eine gute Organisationsentwicklung zu betreiben, um neue Mitglieder zu werben und existierende Mitglieder zu halten.

Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit im Fokus

Neben den Wahlen gab es unter anderem lebhaftere Diskussionen zum Thema Bildungspolitik. Diese zeigten zum Beispiel wie wichtig es ist, die schulpolitischen Positionen der GEW zu aktualisieren und dabei die gesellschaftlich-politischen Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre mit einzubeziehen. Um die Kinder und Jugendlichen auf die Herausforderungen in

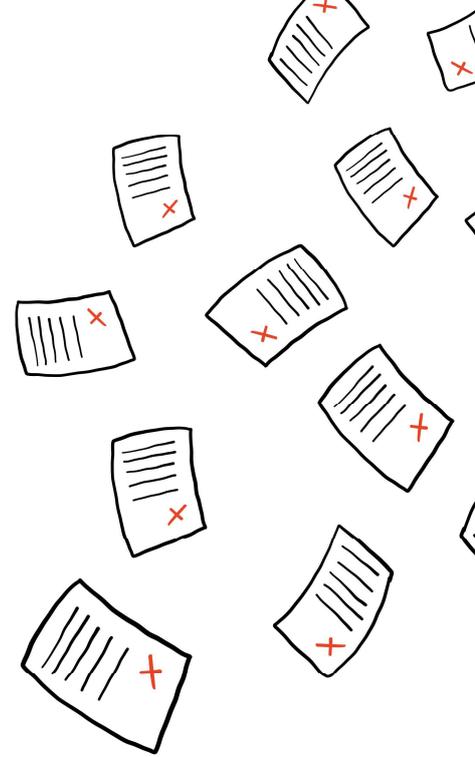
einer sich verändernden Welt vorzubereiten, braucht es gute Bildungsangebote. Diese müssen finanziert und von qualifiziertem Personal durchgeführt werden. Ein Thema, das dabei eine Rolle spielen muss, sind die Arbeitsbedingungen und damit verbunden die Arbeitszeit. Das ist ein Thema, zu dem sich ein Arbeitskreis des Landesvorstandes seit einem halben Jahr regelmäßig und professionsübergreifend trifft. Auch vor dem Hintergrund des beschlossenen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler*innen wurde angeregt diskutiert.

Neuer Arbeitskreis

So forderte das höchste Beschlussgremium der GEW Bremen unter anderem eine ausreichende Finanzierung, gute Konzepte für einen qualitativ hochwertigen Ganztags. Angesichts des Fachkräftemangels benötigt es zudem eine frühzeitige Personalgewinnung und -entwicklung. Die Bedenken, dass bei unzureichender Planung und Ausstattung der Ganztagsbetreuung ein qualitativ schlechtes Angebot entsteht, das letztendlich zu Lasten der Arbeitsbedingungen als auch der Schüler*innen gehen wird, wurde mehrfach geäußert. Wir brauchen mehr Zeit für menschliche Bindungen mit den Kindern. Mehr Zeit für Kooperation unter den verschiedenen Akteur*innen und eine deutliche Entlastung der Kolleg*innen. Diese sind Voraussetzung für eine gelingende Bildung angesichts ständig gewachsener Aufgaben und Problemlagen. Passend zu diesem Thema wurde dann die Gründung eines Arbeitskreises Gesundheit und Arbeitsschutz beschlossen.

Neuer Zeitschriftenname

Etzendlich wurde auf dem GT im dritten Anlauf der Name der Landeszeitung in **bildungsmagaz!n** umbenannt. Die drei Buchstaben BLZ, für viele noch als Kürzel ‚Bremer-Lehrer-Zeitung‘ im Ohr, spiegeln nicht die heutige Realität in unseren Bildungseinrichtungen wider.





Wiedergewählt und neu gewählt: Barbara Schüll, Elke Suhr als Landesvorstandssprecherinnen und Carmen Rehkopf (von links) als Schatzmeisterin. Sie löst Nick Strauss ab, der jetzt Bundesschatzmeister der GEW ist. (Foto: Susanne Carstensen)

Landesvorstand 2021–2023

Sprecherinnen	Barbara Schüll Elke Suhr
Landesschatzmeisterin	Carmen Rehkopf
Schule	Susanne Carstensen Ulrike Rathjen Dagmar Reinkensmeier Sibylle Wohlfeil Michael Graf-Jahnke
davon 1 junge GEW	Fabian Kinz
Jugendhilfe und Sozialarbeit	Thomas Garz
Bereich Weiterbildung und Erwachsenenbildung	Hajo Kuckero
Hochschule und Forschung	Luisa Feher
AG-Vertreterinnen	Anke Wuthe
Landesschiedskommission	Elisabeth Mackensen Helene Peniuk Wilfried Sobich
Kassenprüfer	Peter Riebensahm Zurab Aloian

Haushaltskommission

Werner Begoihn
Peter Riebsahm
Hans-Georg Melchers
Dilber Senol

Datenschutzbeauftragter Michael Graf-Jahnke
Ehrenamtliche Leiterin der Rechtsstelle Dorothea Schulz

Auch vertreten im LV:

LSA-Vertreter*innen Marianne Berger
Werner Begoihn
PRS-GEW-Vertreter*innen Jörn Lütjens
LASS Marlin Meier
SV-Sprecher*innen Bremen Andreas Rabenstein
Corinna Genzmer
SV-Sprecher*innen Bremerhaven Inga von Hagen
Peer Jaschinski
Peter Riebensahm
Landesgeschäftsführer Andreas Staets (beratend)
Bildungsmagazin Karsten Krüger (beratend)
Rechtsschutzbeauftragte Dorothea Schulz (beratend)

Danke, dass Ihr auf der Straße wart

Engagierte GEW-Mitglieder im Tarifikampf

Von Karsten Krüger

Die Arbeitgeber haben im Tarifikampf sehr lange überhaupt kein Angebot vorgelegt. Da haben die GEW und andere Gewerkschaften reagiert und ihren Protest auf die Straße gebracht. Die Impressionen auf dieser Doppelseite zeigen die Entschlossenheit unserer Mitglieder.



Musikalischer GEW-Protest beim Finanzsenator



Demonstrationszug vor dem Weserstadion



Menschenkette auf der Wilhm-Kaisen-Brücke



Protestrede an der Universität



Tarifaktionen



Kein Discount in der Bildung!

Tarifkämpfer:innen in Bremen-Nord

Wertschätzung geht anders

GEW zum Ergebnis der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst

Von Barbara Schüll

Nach 20 Monaten Pandemie und stark belastenden Anforderungen hätten die Beschäftigten ein größeres Maß an Wertschätzung verdient gehabt. In Zeiten extremer Arbeitsverdichtung durch Fachkräftemangel, steigende Schüler:innenzahlen und angepasste Unterrichtsformate, mit intensiver Elternarbeit, Quarantäne und Distanzlernen, haben die Kolleg:innen bis an die Grenzen der Belastbarkeit gearbeitet. Die GEW fordert eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamt:innen und Versorgungsempfänger:innen. Gestern hatten sich die Verhandlungsteams auf eine einmalige Corona-Sonderzahlung von 1.300 Euro und eine Lohnerhöhung von 2,8 Prozent ab 1. Dezember 2022 geeinigt. Die Laufzeit beträgt 24 Monate. Dies ist kein angemessenes Tarifergebnis.



GEW-Präsenz an der Oberschule an der Egge



Bessere Beteiligungsrechte: Erste Personalversammlung nach zwei Jahren

Unter dem Motto „Demokratie an Schule – auch für uns“ fand gestern nach fast zwei Jahren erstmals wieder eine Personalversammlung für alle an Schule und ReBUZ Beschäftigten statt. Im Mittelpunkt der Versammlung vor 1700 Zuhörer:innen stand das bereits seit August geltende Schulverwaltungsgesetz. Ziel der PV war es, den Beschäftigten ihre neuen, besseren Beteiligungsrechte bekannt zu machen sowie praktische Anwendungshilfe für die Umsetzung des Gesetzes im Schulalltag an die Hand zu geben. Für ein kurzes Grußwort war Senatorin Sascha Aulepp zu Gast.

Foto: krü

50. Jahrestag „Radikalenerlass“

Ein Thema für den Unterricht: Kostenlose Aufführung

Von *Andreas Staets*

Am 28. Januar 1972 wurde der sogenannte Radikalenerlass beschlossen. In der Folge wurden Tausende Bewerber für den Öffentlichen Dienst, insbesondere für den Schuldienst, abgelehnt und Hunderte entlassen. Es entstand ein Klima der Einschüchterung und Angst, Anhörungsverfahren und Bespitzelung. In den Gewerkschaften wurden Mitglieder linker Organisationen mit Hilfe des „Unvereinbarkeitsbeschlusses“ ausgeschlossen.

Anlässlich des 50. Jahrestages erinnert die GEW Bremen an die Folgen dieser Politik. Mit ehemals Betroffenen und Kooperationspartnern bietet sie interessierten Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrer*innen an: 24.01.22, 18 Uhr: Shakespeare Company „Staatschutz, Treuepflicht, Berufsverbot“ (Aus den Akten auf die Bühne) mit Diskussion GEW und GGG (Gesamtschul-Oberschulverband Bremen) laden Schüler:innen, Klassen und Kurse zur Aufführung der Shakespeare Company ein: Lehrer*innen

sind gebeten, ihre Klassen/ Kurse bei der GEW anzumelden: info@gew-hb.de. Die ersten zehn anmeldenden Lehrkräfte erhalten für ihre Unterrichtsvorbereitung das Buch „Staatschutz, Treuepflicht, Berufsverbot“ von der GGG (Gesamtschul-Oberschulverband Bremen) geschenkt. Zeitzeugengespräche an Schulen vermitteln:

Barbara Larisch: blarisch@gmx.net
Kalle Koke: koke@uni-bremen.de
Frank Behrens:
frank.behrens.hb@t-online.de

Ausstellung: „Neofaschismus in Deutschland“

Neofaschismus in Deutschland? Da hat sich in den vergangenen Jahren einiges getan. Durch die AfD hat die Bewegung eine starke organisierende Kraft gewonnen und einen starken Finanzier. Sammelbewegungen wie Querdenken bringen "ganz normale Bürger:innen" und gestandene Neofaschist:innen gemeinsam auf die Straße und in den Sozialen Medien werden offen antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet. Die Ausstellung zeigt auf 25 Tafeln (DIN A1) und Fotos neofaschistischer Veranstaltungen, Demonstrationen und wichtige Akteur:innen. In Bremen hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschist:innen (VVN-BdA) ein Exemplar der Ausstellung und verleiht es sehr gerne (kostenlos). Ausstellungskatalog und weitere Infos: Mail an bremen@vvn-bda.de. (red.)

GEW und Corona

In der Corona-Pandemie gibt es jene, denen der Gesundheitsschutz nicht weit genug geht, aber auch jene, die die Maßnahmen als übertrieben ansehen. Wie kommen die GEW-Vorstände so zu ihrer Meinung, zu ihrer Haltung? Neben Diskussionen auf lokaler, regionaler und Bundesebene gibt es da zum Glück noch die Wissenschaft. Als Bildungsgewerkschaft vertreten wir nicht nur die Interessen der Beschäftigten an Hochschulen, sondern orientieren uns auch an den Grundsätzen der Wissenschaft. Bei Corona genauso wie beim Klimawandel. Deshalb verweisen wir auch auf Empfehlungen der Expert*innen, in dem Fall der Pandemie sind das Virolog*innen und Epidemiolog*innen.

(Elke Suhr)

Gerechte Steuerpolitik

Ein Lebenselixier der Demokratie

Von Marc Buggeln

Im Wahlkampf hatten Grüne und SPD eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine Vermögensteuer mit einem Satz von einem Prozent angekündigt. Doch in den Koalitionsverhandlungen konnte die FDP bisher jegliche Steuererhöhung verhindern. Damit dürfte der Kampf gegen die seit den 1980er-Jahren relativ stetig steigende soziale Ungleichheit in Deutschland nicht leichter werden. Wie in vielen Wahlkämpfen zuvor hatten CDU/CSU und FDP die Forderungen nach einer Verschärfung der Besteuerung des Reichtums als von Sozialneid getrieben oder gar als Ausdruck einer sozialistischen Politik wie in der DDR angegriffen. Doch dies ist historisch kaum haltbar. Das wesentlichen Umverteilungsinstrumente der DDR oder auch der Sowjetunion waren Enteignungen und Kollektivierung. Progressive Steuern waren dagegen Teil liberal- wie sozialdemokratischer Programme und dabei aufs engste mit dem Auf- und Ausbau der Demokratie verknüpft.

Erst durchgängig regressiv ...

Steuern waren im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit durchgängig regressiv, sprich: sie belasteten die Angehörigen der Unterschicht, insbesondere die bäuerliche Bevölkerung, stärker als die gutverdienenden Eliten. Adel und Klerus waren oft gänzlich von der Steuer befreit. Dies trug wesentlich dazu bei, dass die Ungleichheit in West- und Zentraleuropa seit 1300 stetig zunahm. Erst die Französische Revolution, die als Protest der städtischen Unterschichten gegen hohe Verbrauchssteuern begann, beseitigte die meisten Steuerprivilegien der Vermögenden und hatte eine alle Schichten prozentual gleiche Besteuerung zum Ziel. Deswegen sollten vor allem Steuern auf Boden- und Hausbesitz erhoben werden. Doch über das 19. Jahrhundert blieben Verbrauchssteuern, die die Unterschichten stark belasteten, die bedeutendsten Steuern. Die Ungleichheit wuchs weiter und insbesondere das Elend in den Großstädten nahm häufig katastrophale Ausmaße an. Vom sich rasch entwickelnden Industriekapitalismus profitierten anfangs nur Wenige. Doch die Ausweitung des Wahlrechts machte die Stimme der Unterschichten politisch hörbarer.

... dann progressivere Steuern

Sowohl sozialdemokratische wie aber auch liberale oder konservative Parteien begannen deswegen gegen Ende des 19. Jahrhunderts egalisierenden Reformen zu verlangen. Neben den Sozialversicherungen waren es progressive Steuern, die

zu den bedeutendsten Forderungen gehörten. Preußen führte daraufhin als erste europäische Großmacht eine progressive Einkommensteuer ein, die Gutverdienende stärker belastete als Durchschnittsverdiener. Doch bis 1914 lag der Spitzensteuersatz überall unter zehn Prozent, weswegen die Umverteilungswirkung der neuen Steuer gering blieb. Erst die Kosten des Krieges trieben den Steuersatz nun über die Marke von 50 Prozent. In Deutschland lag der Einkommensteuerspitzensteuersatz von 1919 bis 2000 mit Ausnahme weniger Jahre zwischen 55 und 60 Prozent. Erst die rot-grüne Reform 2000 in der Hochphase neoliberaler Diskurshegemonie senkte den Satz auf 42 Prozent. Noch deutlich gravierender waren die Steuersatzsenkungen in den USA, wo die soziale Ungleichheit entsprechend rapider zunahm und die demokratische Verfassung der Gesellschaft zunehmend in Gefahr geriet, denn Demokratie braucht ein Mindestmaß an ökonomischer Gleichheit soll die politische Gleichheit nicht zur Makulatur werden.

Höherer Spitzensteuersatz und Demokratieschutz

In der gegenwärtigen Zeit niedriger Zinsen kann es zwar gerechtfertigt sein, die hohen Ausgaben zur Überwindung der Corona-Pandemie vorwiegend über Schulden zu finanzieren. Doch langfristig führt kein Weg an einem höheren Einkommensteuerspitzenatz und wahlweise der Einführung einer Vermögensteuer oder der Aussetzung der den Reichtum schonenden Ausnahmeregelungen bei der Erbschaftsteuer vorbei, will man nicht die Grundlagen der Demokratie auch in Deutschland gefährden.



PD Dr. Marc Buggeln,
Historiker

Buchcover:

Marc Buggeln,

Das Versprechen der Gleichheit.

Progressive Steuern und soziale

Ungleichheit in Deutschland seit

1871, Berlin: Suhrkamp Verlag

(erscheint im Frühjahr 2022).



„Riesige Brocken“ warten auf Umsetzung

Interview mit der neuen Kinder- und Bildungsministerin Sascha Aulepp

Von Karsten Krüger und Werner Pfau



Sascha Aulepp, Senatorin für Kinder und Bildung, im Gespräch mit Werner Pfau (li.) und Karsten Krüger (Fotos: Maike Wiedwald)

Sascha Aulepp ist seit einem knappen halben Jahr Senatorin. Im Gespräch mit dem bildungsmagazin nimmt sich die ehemalige Richterin und SPD-Landesvorsitzende in ihrem Büro mehr Zeit als verabredet. Sie äußert sich zum Personalmangel an Bildungseinrichtungen, zur Coronapolitik und über den Stellenwert der GEW. Bei ihren Antworten und Einschätzungen hört man ihr Engagement für das neue Amt heraus. Aber sie ist vorsichtig. Konkrete Zielsetzungen vermeidet sie. Klar ist sie am ehesten in ihrer Forderung nach einer Impfpflicht für Erwachsene. Es ist ein erstes Kennenlernen.

Sie kennen das Bremer Schulsystem bisher vor allem von Ihren Kindern. Was war Ihr lustigstes und ärgerlichstes Erlebnis?

Begeistert hat mich das fächer- und jahrgangsübergreifende Arbeiten in der Grundschule und später an der GSM. Super

war auch, dass alle Beschäftigten in Schule mitgearbeitet haben, Schule zu einem schönen Ort für Kinder zu machen. Ein bisschen schade war, dass beim freien, selbstbestimmten Arbeiten vor allem in der Oberschule nicht immer diejenigen Kinder, die mehr Anleitung brauchten, mitgenommen wurden. Ich erinnere mich an die Bemerkung eines Lehrers: Wenn die Mathe nicht machen wollen, dann kann man ihnen auch nicht helfen. Das ist eine Haltung, die ist nicht in Ordnung.

Unser Schwerpunktthema in diesem Heft ist die Frage „Wozu brauchen wir die GEW?“ Wozu braucht das Bildungsressort die GEW?

Eine Gesellschaft insgesamt braucht eine starke Interessenvertretung der Beschäftigten, in der sich die Kolleginnen und Kollegen für ihre Angelegenheiten einsetzen. Ich bin bei ver. di

„Ein riesiger Brocken ist es, für alle einen Kita- und Schulplatz zu bieten und auch das Personal zu finden, welches mit den Kindern gut arbeiten kann.“

und Gewerkschaftsmitglied aus Überzeugung. Die GEW als Bildungsgewerkschaft will und muss im Bildungsbereich etwas bewegen. Um das Beste rauszuholen für ein System, in dem wir Kinder und Jugendliche so gut wie möglich stützen, müssen wir in Diskussionen gehen und uns fragen, was ist denn wirklich das Beste? Dazu braucht man gewiss gute Beschäftigungsbedingungen. Und da ist gewerkschaftliche Interessenvertretung wichtig. Ich würde mir wünschen, dass es noch mehr Kolleginnen und Kollegen gäbe, die sich engagieren.

Die Interessenvertretungen mussten leider registrieren, dass es eine „Schwarze Kasse bei der Stadtteilschule“ gegeben hat. Neun Millionen Euro sind dort geparkt worden. Wie kann man das in Zukunft verhindern? Was hatte die Aufarbeitung für ein Ergebnis?

Es wird noch aufgearbeitet. Gut ist, dass kein Geld zweckentfremdet oder privat abgezweigt worden ist. Das Geld ist gesichert. Was ich daran am schlimmsten finde ist, dass das Geld nicht für Kinder ausgegeben werden konnte. Als Konsequenz haben wir eine neue Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, die sich den ganzen Bereich Zuwendungen genau anguckt.

Auch die aktuelle Pandemiesituation hat dazu geführt, dass einige Vorhaben im Koalitionsvertrag im Bereich Bildung wie zum Beispiel Schulbau oder Doppelbesetzungen auf Eis gelegt wurden. Wie lange müssen wir warten, bis alle Punkte abgearbeitet sind?

Der Koalitionsvertrag ist insgesamt – nicht nur im Bereich Bildung – ein Programm, was deutlich über vier Jahre hinausweist. Nicht alle Vorhaben sind innerhalb einer Legislaturperiode umgesetzt. Jetzt kommt es konkret darauf an, zu gucken, was die Kinder am dringendsten brauchen. Ein riesiger Brocken ist es, für alle einen Kita- und Schulplatz zu bieten und auch das Personal zu finden, welches mit den Kindern gut arbeiten kann. Bei den Doppelbesetzungen müsste ich derzeit verschieben – aus der einen Schule oder Klasse in die andere. Es fehlen einfach Fachkräfte.

Wie wollen Sie die dringend benötigten Fachkräfte in die Kitas und Schulen bringen? Wie lässt sich die Attraktivität der Stellen erhöhen?

Zu wenig Fachkräfte heißt, diejenigen, die da sind, müssen einiges auffangen. Wir brauchen, und da sind Gewerkschaften und Personalräte wichtig, eine Qualifizierungsoffensive. Wir brauchen ausreichend Studien- und Referendariatsplätze und bei den Erzieher:innen attraktive Ausbildungsplätze. Die verdienen ja seit kurzem Geld während der Ausbildung. Aber diese Ausbildungen dauern. Wir müssen unsere Bildungseinrichtungen kurzfristig auch für andere Berufsgruppen öffnen, die jetzt unmittelbar in Kitas und Schulen arbeiten könnten und die sich dann berufsbegleitend weiter qualifizieren.

Damit sich die Attraktivität von Bildungsberufen nicht verschlechtert, dürfen sich diese von der Einkommensentwicklung nicht abkoppeln. Unterstützen Sie die Aktuelle Tarifforderung im öffentlichen Dienst von fünf Prozent, mindestens 150 Euro mehr?

Ich habe Verständnis für die Forderung. Aber auch hier gilt, dass Geld endlich ist. Wir müssen die Gesamtheit der Aufgaben in der Bildung im Blick behalten.

Sie haben über die Hilfe von anderen Berufsgruppen in den Schulen gesprochen. Der Seiten- und Quereinstieg ist aber nicht problemlos. In Bremen unterrichten viele Studierende. Das kann die Bildungsqualität gefährden.

Ich finde es besser, wenn angehende Lehrkräfte während des Studiums in der Schule jobben als in der Kneipe oder Taxi fahren. Da ist der Gewinn sowohl für die Kinder und Jugendlichen als auch für die Studierenden, die sich in der Schule qualifizieren könnten, größer. Sie dürfen natürlich nicht alleine in der Klasse stehen und auch keine Klassenlehrkraftaufgaben übernehmen.

Das ist aber oft so. Das Fachkräfteproblem könnte ein bisschen kleiner sein, wenn voll ausgebildete Lehrkräfte aus dem Ausland es leichter hätten, hier zu starten.





Sascha Aulepp, Senatorin für Kinder und Bildung, im Gespräch.

Die Abschlüsse von ausgebildeten Lehrkräften aus anderen Ländern nicht anzuerkennen, ist eine verschenkte Möglichkeit und auch integrationspolitisch falsch. Da müssen wir tatsächlich ran.

Zum leidigen Thema Corona: Glauben Sie, es ist möglich, angesichts der steigenden Zahlen, ohne Schulschließungen durch den Winter zu kommen?

Das ist mein oberstes Ziel. Man soll auch hier niemals nie sagen. Im Interesse der Kinder müssen wir es aber mit aller Kraft versuchen. In Präsenz wird besser gelernt, dort finden auch soziale Kontakte statt. Fälle von Kindeswohlgefährdung fallen in Präsenz eher auf. Die Hospitalisierungsrate der Kinder ist in Bremen stabil nahezu null. Die Intensivhospitalisierungsrate sowieso. Auf den Intensivstationen liegen in der Regel ungeimpfte Erwachsene. Das ist bundesweit so. Auch deshalb brauchen wir die Impfpflicht für Erwachsene und für unsere Kolleginnen und Kollegen.

Ihr Vorstoß zur Impfpflicht für Beschäftigte in der Bildung traf auf viel Kritik. Zum Beispiel, dass das ja gar nicht auf Länderebene entschieden werden könne oder ein Ablenkungsmanöver sei. Welches Fazit ziehen Sie?

Ich finde, wer für Kinder und Jugendliche im Beruf Verantwortung trägt, muss offen sein für das Argument, dass durch Impfung Ansteckungsketten minimiert werden. Solidarität mit Kindern ist Pflicht. Wer dafür nicht offen ist, muss verpflichtet werden. Es macht mich ehrlich gesagt fassungslos, dass diejenigen, die bei Kindern leichtfertig über Zwang reden, etwa wenn es um das Maskentragen geht, Pflichten für sich selbst

„Solidarität mit Kindern ist Pflicht. Wer dafür nicht offen ist, muss verpflichtet werden.“

nicht gelten lassen wollen. Das finde ich bigott. Wir haben das Instrument der Impfstatusabfrage genutzt und klar ist: Sehr viele Beschäftigte haben sich erfreulicherweise impfen lassen. Einige jedoch nicht.

Werden Sie die Ergebnisse der Abfrage offenlegen? Und stehen dann arbeitsrechtliche Konsequenzen im Raum?

Es ist immer gut zu wissen, was ist. Da halte ich es mit Rosa Luxemburg. Was die Zahlen betrifft, da sehe ich nichts, was gegen die Veröffentlichung spräche. Rechtliche Konsequenzen wären nur fällig, wenn es eine bundesgesetzliche Impfpflicht gäbe. Wir könnten aber unter Umständen ungeimpfte Beschäftigte zur täglichen Testung verpflichten.

Im Moment wird wieder über Cannabis-Freigabe diskutiert. Wie stehen Sie, als Jugendrichterin und Mutter dazu?

Es gibt viele Substanzen und Aktivitäten, die süchtig machen können. Etliche sind nicht verboten, und es würde auch unsere Gesellschaft nicht weiterbringen, alles zu verbieten. Dennoch müssen wir mit den Folgen umgehen. Ich gestehe, ich bin skeptisch, denn ich habe als Betreuungsrichterin drogen-induzierte Psychosen nach Cannabis-Gebrauch erlebt, auch irreversible. Umgekehrt habe ich ebenso Menschen mit Korsakow gesehen - Alkoholmissbrauch kann mindestens so dramatische Folgen haben, vielleicht sogar häufiger. Kriminalisierung hilft allerdings auch nicht. Eine kontrollierte Abgabe über bestimmte Geschäfte, vielleicht sogar Apotheken, wäre vielleicht hilfreich. Dann bliebe die Sache immer noch ungesund. Aber das Risiko wäre besser wägbare. ■

Das Interview haben wir in der zweiten Novemberwoche geführt.



Nicht nur für den Tarifikampf

Schwerpunkt

Wozu brauchen wir die GEW? Eine Umfrage

Von Karsten Krüger

Die Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst der Länder im Herbst hat es mal wieder gezeigt. Die Länderarbeitgeber haben lange böses Foul gespielt und dreist ein Angebot verweigert. Die Antwort der GEW war klar und deutlich: Warnstreiks und Straßenkämpfe mussten das Notwendige erzwingen. Engagierte Gewerkschaftsmitglieder nahmen sich Fahne, Megafon und rotweiße Westen und haben für Arbeitnehmer:innen- und damit auch für Beamt:innenrechte demonstriert. Genau das ist einer der Kernfunktionen von Gewerkschaften: Das Eintreten für berechtigte Forderungen in einem Tarifikampf.

Aber es gibt noch viele andere Gründe, wozu Gewerkschaften, wie die GEW, gebraucht werden. Motive, sich in Interessenvertretungen aktiv zu beteiligen, gibt es ebenso viele. Deshalb wir haben wir unsere Autorinnen, Autoren und bei einem Interview auch die neue Kinder- und Bildungsministerin gefragt (Seiten 10 bis 12): Wozu braucht ihr die GEW? Herausgekommen sind individuelle Geschichten und ein umfangreiches Potpourri an Beweggründen, sich gewerkschaftlich zu engagieren. Vielen Dank, dass ihr so offene und persönliche Worte gefunden habt.

Und ein Hinweis an Arbeitgeber:innen, wenn sie die nächsten 14 Seiten lesen

sollten: Hier erfahren sie, warum unsere Gewerkschaftsmitglieder so engagiert für ihre Interessen – nicht nur in Tarifikämpfen – eintreten.

Die Fotoserie zeigt diesmal unsere engagierten Autor:innen im Porträt. Unsere Fotografin Susanne Carstensen hat sie wie gewohnt anschaulich in Szene gesetzt.

Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen des letzten Heftes im Jahr 2021, das gleichzeitig das erste mit neuem Namen ist. Dabei soll natürlich der eine oder andere Erkenntnisgewinn entstehen - nicht nur im folgenden Schwerpunkt des bildungsmagaz!ns.



Peter Reckemeyer, Schulleiter Kaufmännische
Lehranstalten Bremerhaven

„Mit Willy Brandt begann das politische Denken“

Von Peter Reckemeyer

Warum ich Mitglied in der GEW bin hat verschiedene Gründe. Sicherlich gehört dazu, dass ich aus einem Arbeiterhaushalt stamme. Mein Vater war gelernter Schmied, meine Mutter Friseurin. Mein politisches Denken begann in der Zeit, als Willy Brandt zum Kanzler wurde. Mein Vater war damals aktiv in der SPD. SPD und Gewerkschaften, das war (früher...) sehr dicht beieinander. Mein Studium in der 70ern an der Universität Bremen (Wirtschaft/Englisch) war projekt- und fachübergreifend organisiert, viele Fragestellungen wurden aus Arbeitnehmer:innensicht diskutiert. Ich bin zwar nie in die SPD eingetreten, aber als Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert zu sein, ist für mich alternativlos. Und als Lehrer kam natürlich nur die GEW in Frage.

Austritt keine Alternative

Als Berufsanfänger zu Beginn der 80er Jahre war es natürlich angenehm, in einer aktiven Betriebsgruppe an der Schule das Gefühl zu bekommen, dass sich um bestimmte Dinge gekümmert wurde, das heißt, dass über die Betriebsgruppe der Dialog mit der (eher konservativen) Schulleitung im Sinne der Beschäftigten geführt wurde. Die Hierarchien waren damals deutlich anders als heute. Heute bin ich selbst Schulleiter und freue mich über den direkten Dialog mit den Kolleginnen und Kollegen. Über die Jahre gab es, auch durch politische Grabenkämpfe innerhalb der Betriebsgruppe, ein Auf und Ab, sodass ich in der 90ern zwischendurch sogar über meinen Austritt nachgedacht habe. Aber mein Vater hat schon immer das Motto ausgegeben, dass der einzige Austritt aus der Gewerkschaft das eigene Ableben ist – so deutlich möchte ich das nicht formulieren, aber für aktiv Berufstätige sehe ich das genauso. Seit fast 20 Jahren bin ich nach und nach in Leitungsfunktionen hineingewachsen. Dadurch hat sich die Institution der Gewerkschaft für mich noch einmal in eine andere, größere Wichtigkeit verschoben. Seit 2013 bin ich Schulleiter und nehme regelmäßiger als früher an den Mitgliederversammlungen teil, weil ich den Austausch wichtig finde und mich bemühe, auch die Positionen von Schulleitung zu bestimmten Themen einbringen

zu können. Personen in Leitungsfunktionen gehören auch zu denen, deren Rechte durch die Gewerkschaft zu vertreten sind. Insgesamt nehme ich jedoch positiv ein größeres Miteinander aller in Schule Beschäftigten über die verschiedenen Hierarchien und Berufsgruppen wahr, was sicherlich auch ein Verdienst des jeweiligen Vorstands im Stadtverband ist.

Wichtige Kooperationen

Als Schulleiter schätze ich das Engagement der GEW-Mitglieder im Personalrat Schule und im Gesamtpersonalrat sehr, weil es mir die Möglichkeit gibt, den aktiven Austausch über uns alle betreffenden Dinge zu pflegen und meine Sichtweise einzubringen. Andererseits versuche ich in behördlichen Gremien, die gewerkschaftliche, arbeitnehmerorientierte Argumentation abzubilden. Eine starke Interessensvertretung hat weiterhin Bedeutung. Kritisch sehe ich manchmal die gewerkschaftliche Vertretung von Einzelinteressen, die zu einer Belastung von anderen führen kann. Auch über einige Eckpunkte bei den Kriterien für die Einstellung von nicht originär als Lehrer:innen ausgebildeten Menschen würde ich mir mehr personalisierte und weniger formalisierte Vorgehensweisen von Seiten der gewerkschaftlichen Vertreter:innen im Personalrat wünschen.

Bedeutende Interessenvertretung

Vielleicht könnten sich heute in Zeiten des Fachkräftemangels junge Kolleg:innen die Frage stellen, warum es überhaupt eine gewerkschaftliche Interessenvertretung braucht, wo viele Bewerber:innen mit Mangelfächern bundesweit günstige Konditionen und Arbeitsbedingungen zur Auswahl haben. Dem kann ich nur entgegnen, dass diese Momentaufnahme nichts über die Zukunft aussagt. Und eine starke Interessenvertretung, die über die Tarifbeschäftigten hinaus, auch über Arbeitsbedingungen und Einkommensangleichungen der Beamt:innen kämpft, hat nichts an Bedeutung verloren. ■



„Ich habe mich aufgehoben gefühlt“

Von Ana Isabel Hüller

Als Kind einer zugewanderten Arbeiterfamilie in den 70er Jahren bin ich mit dem Thema Gewerkschaften sowie Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und dem damit einhergehenden Kampf groß geworden. Unsere Eltern haben uns immer vermittelt, dass wir nur Veränderungen erreichen können, wenn wir uns gemeinsam engagieren und für unsere Überzeugungen eintreten. Gewerkschaftsfeiern sowie die Kundgebungen und Feierlichkeiten im Rahmen des 1. Mai gehörten für uns als Kinder zu festen Terminen. Wir genossen die Gemeinschaft und erlebten diese Treffen immer als interkulturelle Zusammenkünfte, die von Offenheit und Toleranz geprägt waren. Rückblickend stelle ich fest, dass diese Zeit mit sehr vielen positiven Erinnerungen verbunden ist und mich als Mensch in der Haltung gegenüber Gewerkschaften und Engagement geprägt hat.

Bildungschancen im Blick

Als junge Referendare wurden wir früh mit den rechtlichen Bedingungen konfrontiert. Begriffe wie Rechtsschutz, Rechtsberatung und Schlüsselversicherung prallten auf uns ein. Schnell habe ich festgestellt, dass ich diese Dinge auch privat bereits abgesichert hatte. Dennoch entschied ich mich für eine Mitgliedschaft bei der GEW, da für mich damals als junge Kollegin im Schuldienst, der Austausch mit Menschen aus der gemeinsamen Berufsgruppe enorm wichtig war. Der Wunsch, unser Bildungssystem, die Studienbedingungen und die Arbeitsbedingungen für alle im Bereich Erziehung und Bildung nachhaltig zu verbessern und somit auch die Bildungschancen im Blick zu haben, hat uns motiviert und vorangetrieben. Sicher stellt sich die Frage warum die GEW und nicht eine andere Gewerkschaft? Ich habe es damals erlebt, dass die GEW von Anfang an die jungen Kolleginnen und Kollegen zu Beginn ihrer Berufslaufbahn gut im Blick hatte. Wir haben uns aufgehoben gefühlt und im Labyrinth der unzähligen Pflichten, in der GEW jederzeit kompetente Ansprechpartner angetroffen.

Kampf um A 13

Auf der praktischen Ebene hat die GEW es geschafft, jungen Kollegen und Kolleginnen im Rahmen der Einsteigerseminare ein Forum zu bieten, wo wir uns austauschen konnten und Fragen erörtert wurden in allen wichtigen Bereichen im Zusammenhang mit Rechten und Pflichten von Lehrerinnen und Lehrern. Als es am Ende meines Referendariats im Jahr 2005 um die Übernahme in den Bremerhavener Schuldienst ging, wurde uns eröffnet, dass wir, anders als unsere Kollegen und Kolleginnen vorher, nur noch mit der Besoldungsgruppe A12 eingestellt würden. Als Begründung wurden die unterschiedlichen Lehramtsabschlüsse vorgegeben. Wir stellten uns die berechnete Frage, ob es also Bildung 1. und 2. Klasse gab, denn die Bezahlung machte dies nun sehr deutlich. Viele Jahre der Diskussion und der Arbeitskämpfe haben sich ausgezahlt und eine Anpassung ist verdientermaßen erfolgt.

Offene Gewerkschaft

In meiner Funktion als Schulleiterin erlebe ich die Zusammenarbeit mit den Kollegen und Kolleginnen, die in der GEW organisiert sind, als eine sehr zielgerichtete und pragmatische Arbeit. In einer Zeit, wo wir um jeden Lehrer und jede Lehrerin kämpfen müssen, stelle ich fest, dass die GEW die notwendige Offenheit mitbringt, sich auf die aktuelle Lage einzustellen. Es geht nicht um die Belange oder Befindlichkeiten einer spezifischen Gruppe, sondern um die Menschen, die sich für eine gute Bildung und Erziehung engagieren wollen, wo das Kind im Mittelpunkt steht. Der Kampf für gleiche Bildungschancen für alle Kinder in Deutschland steht im Mittelpunkt und ist der Schlüssel für eine aufgeschlossene, gebildete und moderne Gesellschaft. Kollegen und Kolleginnen, die mit ihrer Arbeit, den Arbeitsbedingungen zufrieden sind und entsprechende Wertschätzung erfahren legen dafür einen wichtigen Grundstein. ■



Ana Isabel Hüller, Schulleiterin Oberschule Geestemünde

„Das Ende des Einzelkampfs“

Von Sandra Pilster



Mein Weg zur Gewerkschaft führte genau genommen direkt über meinen ersten Ausbildungsberuf: Zahn-technikerin. In diesem Beruf gibt es weder Tarifverträge noch eine gewerkschaftliche Vertretung. Dies erfuhr ich ziemlich unsanft nach Ende meiner Ausbildung während meines ersten Vorstellungsgesprächs. Froh über die Einladung zum Vorstellungsgespräch startete ich also mit einer ungefähren Idee von dem zu erwartenden „Jungtechnikergehalt“ in die Verhandlung. Mir gegenüber saßen zwei Chefs, die mir auch gleich ihre Vorstellung von einem angemessenen Einstiegsgehalt präsentierten: 1600 Deutsche Mark für 40 Stunden Arbeit. Dazu muss man sagen, dass diese Summe selbst im Jahr 1998 nicht wirklich viel Geld war. Schon gar nicht für eine Fachkraft mit dreieinhalbjähriger Ausbildung. Ich verhandelte also zäh weiter, bis wir uns einigermaßen einig wurden.

Allein gegen zwei

Im Laufe der nächste drei Jahre meiner Betriebszugehörig-

keit wiederholten sich diese Verhandlungen immer wieder – kräftezehrend und nicht gerade motivierend für mich. Denn hatte ich den einen Chef von einer angebrachten Gehaltserhöhung halbwegs überzeugt, stieg der andere Chef wieder ins Gespräch ein und brachte Gegenargumente ins Spiel: die schlechte Auftragslage, die neue Gesundheitsreform und, und, und. Kurz gesagt: Ich musste um jede müde Mark schachern wie auf einem Basar. Als dann auch noch der Azubi, den ich (!) ausgebildet hatte nach bestandener Gesellenprüfung ein höheres Einstiegsgehalt bekam als ich nach drei Jahren für mich selbst erkämpft hatte (er war ja ein Mann), platzte mir endgültig der Kragen. Keine tarifliche Bindung und keine gewerkschaftliche Vertretung bringen nämlich leider oft auch eine Ungleichbezahlung von Frauen und Männern mit sich. Das vergaß ich anfangs zu erwähnen und das ist leider auch im Jahr 2021 die Realität.

Solide Vertretung und Ansprechpartner

Ich entschloss mich also, mit Ende zwanzig meinen Beruf aufzugeben und ein Lehramtsstudium zu beginnen – zum einen, weil ich schon zu Schulzeiten mit diesem Beruf geliebäugelt und mir mein Taschengeld als Nachhilfelehrerin verdient hatte, zum anderen, weil ich unbedingt eine solide gewerkschaftliche Vertretung an meiner Seite wollte. Mit Aufnahme des Studiums trat ich dann auch gleich in die GEW ein und zahlte gerne den doch sehr fairen Beitrag für Studierende. In Anspruch nehmen musste ich die Hilfe der GEW zu Studienzeiten nicht, doch schon im Referendariat geriet ich in eine Situation, in der ich froh war, eine kompetente Ansprechpartnerin an meiner Seite zu haben.

Von Arbeitskämpfen profitieren

Nun bin ich mittlerweile Lehrerin im Beamtenverhältnis und kann die GEW bei Streiks wie in den vergangenen Wochen nicht persönlich unterstützen. Ich hoffe aber, mit diesem kleinen Beitrag die Wichtigkeit von Gewerkschaften unterstreichen zu können. Sie sorgen dafür, dass unsere Arbeitsbedingungen verbessert werden ohne, dass jede und jeder Einzelne von uns die Kämpfe wie oben beschrieben selbst austragen muss. Auch als Beamtin profitiere ich also von den Arbeitskämpfen der Gewerkschaft und über Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im selben Beruf muss ich mir auch keinen Kopf mehr machen. Dafür bin ich dankbar. ■



Sandra Pilster, Berufsschullehrerin in Walle

„Raus aus der Komfortzone!“

Von Yelda Cediti

Bei dem Titel musste ich spontan an einen Beitrag über Freiheit und Grundrechte denken. Eines blieb mir dabei besonders im Gedächtnis. Darin wurde gesagt, dass Freiheit und Grundrechte keine Privilegien sind, die man sich verdient hat oder einem zustehen. Sie wurden uns auch nicht geschenkt, sondern hinterlassen. Ein besonderes Erbe, das wir den Menschen zu verdanken haben, die an die Freiheit geglaubt und gekämpft haben. Er besagte auch: „dass es ein Erbe ist, das gehegt, gepflegt und verteidigt werden muss.“ Übertragen auf die Gewerkschaft, ist sie auch nichts anderes als ein Erbe. Geerbt von den vielen Beschäftigten, die für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe gekämpft haben. Es sind die Früchte derer, die wir bis heute ernten. Bessere Arbeitsbedingungen, die wir als selbstverständlich erachten, waren uns damals so nicht gegeben. Aus diesem Grund ist die GEW für mich eine wichtige Konstante im Zusammenspiel zwischen Beschäftigten, Arbeitgeber und Politik, die nicht mehr wegzudenken ist. Wenn wir für mehr Teilhabe und soziale Gerechtigkeit auf die Straße gehen, zuletzt im November, dann war und ist es nie der Kampf eines Einzelnen, sondern die Interaktion von vielen Einzelnen zu einem geballten Ganzen, nämlich die GEW.

„Satt geht nicht auf die Straße“

Inzwischen haben sich bis heute sieben Gewerkschaften unter dem Dach des DGB versammelt. Trotzdem frage ich mich, warum die Zahl der Mitglieder rückläufig ist. Ich vermute, dass wir, wie in anderen Bereichen auch, einen Generationenwandel haben. Es scheint, dass wir zwar immer noch den Anspruch haben, aber es fehlt oft an Engagement. Ich vermute auch, dass ein Großteil der Beschäftigten bequem geworden ist, resultierend aus dem großen Erbe, denn „satt geht nicht auf die Straße“. Vermutlich denken viele, die GEW ist eine wichtige Sache! Sie begrüßen es, dass andere monatlich Beiträge zahlen und beim Streik auf die Straße gehen, aber sie sehen sich selbst nicht in diesem Gebilde. Vielleicht ist das Gefühl vorherrschend, die „anderen“ machen das schon und es macht keinen Unterschied, ob man sich genauso beteiligt.

Solidarität erforderlich

Ich sage jedoch, es macht einen Unterschied. Denn am Ende profitieren alle, unabhängig davon wer gestreikt hat oder Bei-

tragszahler ist. Es erfordert deshalb auch mehr Solidarität. Ich bin der Auffassung, dass soziale Gerechtigkeit kein Gnadenerlass und auch keine Großzügigkeit ist, sondern eine Wertschätzung. Die Anerkennung unserer Arbeit und somit unseren Beitrag für die Gesellschaft. Denn ohne soziale Gerechtigkeit wäre das Arbeiten irgendwann nur eine frustrierende Tätigkeit und würde ein emotional ungesundes Arbeitsklima schaffen. Die Legitimation und Erfolg der Gewerkschaften und ihre damit verbundene Ideologie von der sozialen Gerechtigkeit und Teilhabe setzt die Beteiligung jedes einzelnen und die daraus resultierende Handlung voraus. Sonst sind es nur Wortgebilde, die wie Seifenblasen verpuffen. Deshalb mein Appell an alle: Raus aus der Komfortzone!



Yelda Cediti, Berufsschullehrerin in Kattenturm



„Konkrete Solidarität“

Von Maïke Wiedwald

Vor mehr als 15 Jahren hat an der Schule, an der ich in Frankfurt unterrichtet habe, eine tolle Kollegin angefangen, die sich gleich in die Schulentwicklung eingebracht hat und auch immer ein offenes Ohr für die Schüler:innen hatte. Nach einigen Jahren wandte sie sich an mich als GEW-Vertrauensfrau und Schulpersonalrätin, weil sie mit ihrer Situation unzufrieden war. Das bezog sich auf ihre Bezahlung, ihre Perspektive und auch die immer wieder einsetzende Arbeitslosigkeit in den Sommerferien. Auf einer zeitlich befristeten Stelle hangelte sie sich von Vertrag zu Vertrag. Jeder Vertrag hatte eine unterschiedliche Stundenzahl und manchmal auch nur eine Laufzeit von wenigen Monaten. Für Lehrkräfte, die langfristig erkranken oder in Elternzeit sind, werden in Hessen Personen als Ersatz eingestellt – aber nur befristet und gebunden an das Zurückkommen dieser Person. Als nicht voll ausgebildete Lehrkraft erhielt sie deutlich weniger Geld, obwohl sie die gleiche Arbeit gemacht hat, wie andere Lehrkräfte auch. Die Zeit der Sommerferien bekam sie mal bezahlt mal nicht. Ausschlaggebend war dafür, welcher Vertretungsgrund gegeben war. In Hessen wurden und werden übrigens auf solche befristete Stellen Personen aller Qualifikationen eingestellt: von Bäckern über Studis bis zu Versicherungsmathematiker:innen.

Keine unbefristete Beschäftigung

Nach einigen Jahren hatte diese Kollegin diese prekären Beschäftigungsverhältnisse satt. Vollkommen nachvollziehbar. Die Schulämter waren zudem dazu übergegangen, nach sieben Jahren keine weiteren befristete Verträge mehr an Personen herauszugeben. Sie wurden also quasi mit einem Fußtritt aus der Schule heraus befördert, obwohl sie ihre Arbeit sieben Jahre lang zur Zufriedenheit gemacht hatten. 2011 waren mehr als zehn Prozent aller Personen und fast sieben Prozent der Stellen für Lehrkräfte im hessischen Schulen befristet beschäftigt. Und einige dieser Kolleg:innen haben sich mit der Unterstützung der GEW aktiviert. Die politische Forderung nach Beendigung der Befristung hat die GEW Hessen lautstark in Tarifaufein-

andersetzung um den Tarifvertrag Hessen hineingebracht. Dort wurden bereits 2015 Gespräche vereinbart, mit dem Ziel, die Anzahl der Befristungen deutlich zu reduzieren. Und auch bei der Sommerferienbezahlung gab es ein wenig Bewegung, sodass einige mehr die Sommerferien bezahlt bekamen und nicht mehr in den Sommerferien in der Arbeitslosenstatistik erschienen. Gleichzeitig beschränkten viele Kolleginnen mit dem Rechtsschutz der GEW und des DGB auch den juristischen Weg – mit Erfolg. Die Verträge mussten entfristet werden. Das war wichtig: Sie wollten abgesichert sein und den prekären Beschäftigungsverhältnissen entkommen.

Keine Aufstiegsmöglichkeiten

Für einige Jahre beruhigte sich die Situation ein wenig. Die Zahl der befristet Beschäftigten sank. Es wurde jedoch ein Problem sehr schnell deutlich. Einige Kolleg:innen hatten kein Hochschulstudium, aus dem sich ein Fach ableiten ließe, andere hatten gar kein abgeschlossenes Hochschulstudium, sondern andere Qualifikationen. An den Schulen unterrichteten sie die gleichen Fächer wie die anderen Kolleg:innen, machten Ausflüge mit den Kids, korrigierten Arbeiten und gaben auch Zeugnisnoten. Nur sie bekamen nicht das gleiche Entgelt dafür, sondern deutlich weniger. Im Extremfall arbeiten sie seit Jahren in den untersten Entgeltgruppen EG 5 und EG 6. Hessen verweigerte sich bis 2021 einer Lehrkräfteentgeltordnung konsequent und gruppierte auch nicht verbeamtete Lehrkräfte per Erlass ein. Aufstiegsmöglichkeiten gab es für sie nicht. Und wer sich eingeklagt hatte, bekam als Retourkutsche selbst bei hohem Bedarf keine Aufstockung der Stunden und befand sich also in Zwangsteilzeit.





Maike Wiedwald, Pressesprecherin der Bildungs-
senatorin Sascha Aulepp und ehemalige
GEW-Vorsitzende in Hessen (Foto: GEW Hessen)

Endlich eine Lehrkräfteentgeltordnung

Dank des massiven Drucks der GEW hat seit der Tarifrunde im Herbst 2021 jetzt auch Hessen eine Lehrkräfteentgeltordnung mit der Möglichkeit zum Aufstieg durch berufsbegleitende Qualifizierung und - nach dem Vorbild der Lehrkräfteentgeltordnung im Bereich der TdL - bis in die Entgeltgruppe 10. Und – das ist wiederum ein Vorteil für die hessischen Lehrkräfte – in Form einer stufengleichen Höhergruppierung. Einen Quereinstieg gibt es in Hessen nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen und auch nur in wenigen Mangelfächern. In Bremen gibt es Seiteneinsteiger:innenprogramme. Die in Hessen tarifvertraglich vereinbarte Lehrkräfteentgeltordnung ist ein Anfang: Anders als bei den scheinbar in Stein gemeißelten einseitig vom Arbeitgeber festgelegten Eingruppierungsrichtlinien können die Gewerkschaften jetzt verhandeln und in jeder Runde das Fass auch neu aufmachen.

Endlich Studienrätin

Die Kollegin aus meiner damaligen Frankfurter Schule wollte langfristig in der Schule bleiben. Sie hat deshalb noch ein Lehramtsstudium neben der Tätigkeit in der Schule und im Anschluss das Referendariat durchgeführt. Zwölf Jahre nach Beginn ihrer ersten Tätigkeit und nach viel Frust und Lehrgeld erhielt sie ihre Ernennungsurkunde als Studienrätin. Mich hat das sehr berührt und es hat gezeigt, dass es gut ist, nicht aufzugeben und sich gemeinsam für die Verbesserung konkreter Bedingungen einzusetzen. Auch wenn das manchmal ein Jahrzehnt und länger dauern kann. Das ist konkrete Solidarität.

Und klar ist: Die GEW hilft. ■

„Not-Aus-Knöpfe müssen sich organisieren“

Von Axel Dietrich

Wenn ich darüber nachdenke, warum ich in der GEW bin, dann fällt mir natürlich zunächst der Einsatz der Gewerkschaft bei Tarifverhandlungen ein. Die Zahlung von Streikgeldern hilft, damit wir unsere Forderungen mit Nachdruck auf der Straße vertreten können, ohne Einbußen im Einkommen hinnehmen zu müssen. Wichtig sind mir sicher auch die Berufshaftpflicht und der Rechtsschutz, insbesondere für die Klärung von arbeitsrechtlichen Fragen, bis hin zu einer vielleicht erforderlichen Vertretung vor Gericht. Die GEW ist für mich zudem eine umfassende Informationsquelle zu aktuellen Entwicklungen rund um das Thema Schule.

„Mir reicht's!“

Im Moment möchte ich mich aktiver an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen und entdecke die GEW dabei neu. Ich möchte sie noch stärker als ein Instrument zur Durchsetzung angemessener Arbeitsbedingungen für Schulsozialarbeiter:innen sehen und nutzen. Warum das? Unsere Situation ist nicht immer ganz einfach, da wir unsere Arbeitsbedingungen mangels Vorgaben durch das Schulamt (zum Beispiel in Form einer Rahmenkonzeption, die für ALLE Beteiligten rechtsverbindlich ist) in der Regel selbst mit den jeweiligen Schulleitungen aushandeln müssen. Dies führt teilweise zu erheblichen Unterschieden, was die Ausstattung und den Grad unserer Beteiligung an den Prozessen in den Schulen angeht. Mal ist nicht sicher, ob eine Kollegin, die zwischen zwei Schulen pendeln muss, Anspruch auf ein Handy hat, mal werden Tablets nur dann verteilt, wenn sie mangels Schüler:innennachfrage überzählig sind. In meiner Anfangszeit hörte ich sogar von einer Kollegin, die sich gegenüber einer verantwortlichen Person dahingehend erklären musste, warum sie für ihre Arbeit einen PC benötigt. Unfassbar - oder?!

Der Zufall bestimmt die Zuständigkeit

Wer ist wann und wie zu beteiligen – zum Beispiel an Klassenkonferenzen, an Sitzungen der Fachbereiche, der Abteilungs- und Schulleitung oder in den unterschiedlichen Schulausschüssen? Zu Sitzungen von Gremien werden wir eher unregelmäßig, so wie es gerade passt oder ad hoc auf Zuruf eingeladen. Viele

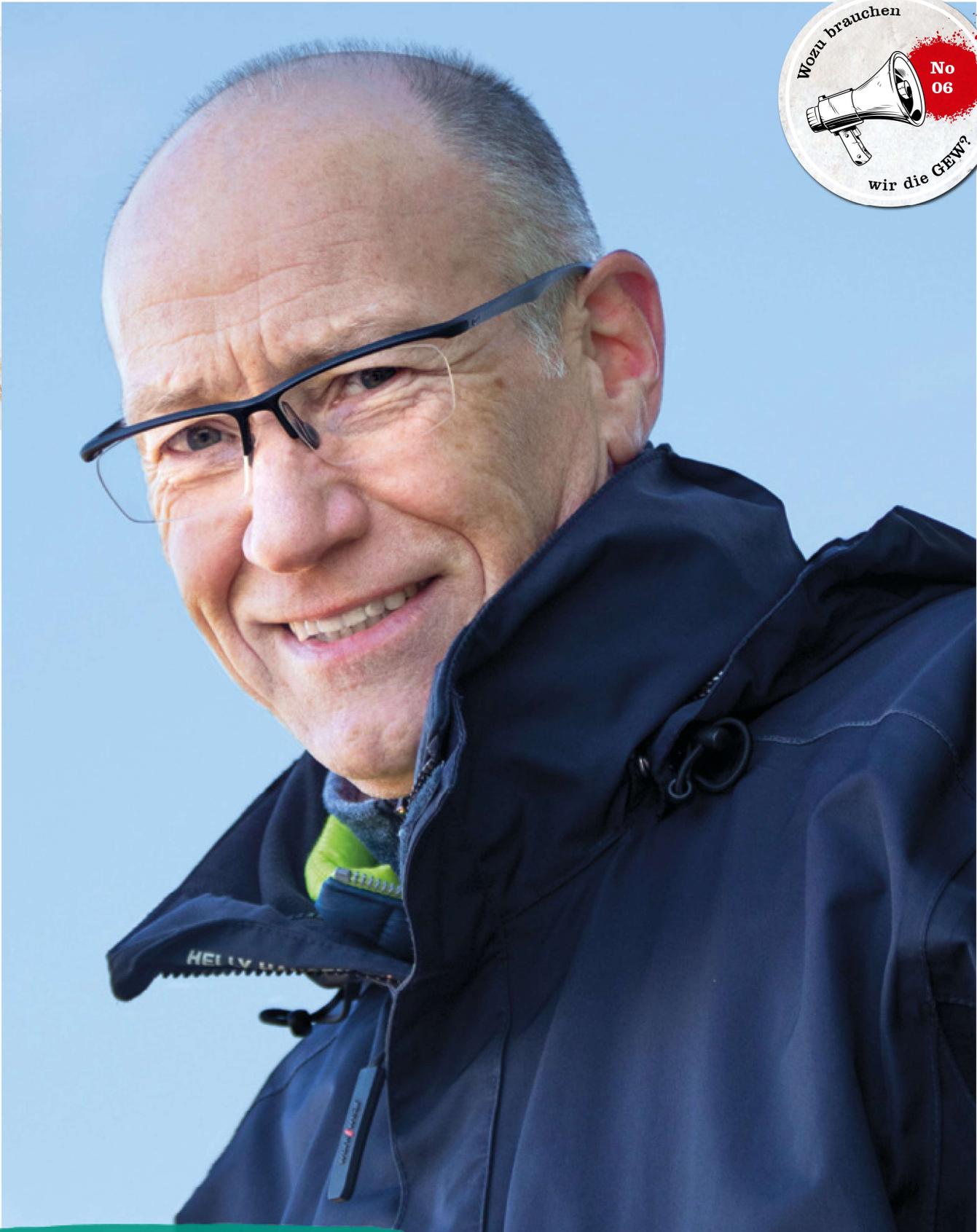
Lehrkräfte haben eine nur unzureichende Vorstellung davon, was Schulsozialarbeit ist oder es herrscht gar Desinteresse – auch bei jungen Kolleg:innen. Präventive Arbeit ist nicht oder nur selten vorgesehen oder wird nicht hinreichend unterstützt. Hauptauftrag der Schulsozialarbeiter:innen ist: Die Befriedung von Konflikten! Wow!

Die SEFO bleibt doch ein LFI

Und wie sieht's eigentlich mit motivierenden Fortbildungen aus? Schaut man/frau sich das Fortbildungsangebot für Schulsozialarbeiter:innen an, ist leider festzustellen, dass dieses hinsichtlich der bestehenden Qualität und Quantität unzureichend ist! Der Zusatz „stufenübergreifend“ im Veranstaltungsprogramm der neuerdings sog. SEFO (Abteilung Schulentwicklung und Fortbildung) kaschiert oft, dass viele Angebote eher den Bedarf von Lehrer:innen im Fokus haben, als die Problemfelder von Schulsozialarbeiter:innen angemessen zu berücksichtigen (z.B. fehlende Angebote zur Rechtslage sozialarbeiterischen Handelns, zur Handhabung von iPads und its-learning oder dem Einsatz von Videokonferenzsystemen in der Schulsozialarbeit etc.). Der Blickwinkel ist entscheidend! Wer macht da eigentlich für wen das Programm? - Tja, die SEFO ist halt doch eher ein LFI, ein Lehrerfortbildungsinstitut! Unterm Strich ist unser Arbeitsleben an den Schulen also nicht gerade berauschend und gleicht eher dem Dasein von „Not-Aus-Knöpfen“!

Liebe „Not-Aus-Knöpfe“ - gehen wir's an

In all den soeben nur kurz angerissenen Themenfeldern kann uns die GEW mit einer engagierten Fachgruppe für Schulsozialarbeiter:innen eine Plattform sein, die verbreiteten Missstände aufzudecken und Anliegen zusammenzuführen. Gemeinsam erarbeitete Forderungen können wir dann für den Einzelfall oder generell und ggf. im Zusammenwirken mit dem Personalrat durchsetzen. Jo! Das ist es, warum ich eigentlich in der GEW bin!



Axel Dietrich, Schulsozialarbeiter Berufliche Schule für Technik Bremerhaven

„Kraft für den schulischen Alltag“

Von Inga von Hagen

Nach dem Referendariat war es für mich nicht die Frage ob sondern nur welcher Gewerkschaft ich beitrete. Die GEW war da schnell gefunden und auch wenn das Infomaterial anfangs nach einem kurzen Durchblättern recht schnell im Altpapier landete, hätte es mir bei einem Ausbleiben doch irgendwie gefehlt.

Als mich eine Einladung zum sogenannten „Erweiterten Vorstand der GEW Bremerhaven“ erreichte, konnte ich mir darunter nicht sehr viel vorstellen. Einen Versuch war es wert und so fand ich mich bald darauf zum ersten Mal im Marschenhof in Wremen wieder. Dort diskutierten Gewerkschafter:innen Positionen, die Strategie der nächsten Zeit sowie konkrete Aktionen.

Denken, planen, umsetzen

Anfangs fand ich es sehr mühsam, mich durch die vielen Abkürzungen, Namen und Informationen zu kämpfen. Gleichzeitig wurde mir eine sehr große Offenheit entgegengebracht. Nach und nach bekam ich eine Idee davon, worüber diskutiert wurde und ich begann Hintergründe sowie Zusammenhänge zu erkennen und Abhängigkeiten zu durchschauen. Vor allem aber wurde mir klar, dass sämtliche Aktionen der GEW Bremerhaven und natürlich auch im Land Bremen nicht „vom Himmel fallen“, sondern jeweils von Mitgliedern erdacht, geplant und umgesetzt wurden. Ehe ich mich versah, war ich ein Teil dieser „Aktiven“ und erlebte Aktionen von der ersten Idee bis hin zu ihrer Umsetzung im Sinne von Verbesserungen für alle Kolleg:innen.

Redezeitbegrenzung

Würde ich derzeit eine schlichte „Kosten-Nutzen-Aufstellung“ meiner Mitgliedschaft bzw. Aktivität vornehmen, so würde der hohe Zeitaufwand für die Gremienarbeit und sonstige Termine mit Sicherheit auf der Kostenseite stehen. Ebenso das Unverständnis für bestimmte, in meinen Augen etwas zäh verlaufende Diskussionen, bei denen ich mich über Redezeitbegrenzungen grundsätzlich freue... Manchmal fällt es mir auch ziemlich schwer geduldig zu bleiben, wenn ich mit sehr vehementen Forderungen konfrontiert werde, Einzelinteressen von mehreren Seiten gleichzeitig zu unterstützen, gerne auch mal bei komplett gegensätzlichen Interessenslagen.

Im Austausch zu neuen Impulsen

Es gibt aber auch eine deutliche Nutzenseite. Dort steht auf jeden Fall der Austausch mit anderen Leuten, die sich ebenfalls dafür interessieren, was da gerade im Bildungsbereich passiert oder schon passiert ist. Es macht mir Mut und gibt mir Kraft, wenn ich mich mit Personen unterhalte, die den Grundgedanken der Inklusion trotz aller üblen Rahmenbedingungen auch noch nicht verloren geben wollen und die stattdessen die fortschreitende Ökonomisierung des Bildungsbereichs als Gefahr sehen. Es macht mir Mut, wenn ich mit anderen Gewerkschafter:innen gemeinsame Aktionen oder Veranstaltungen wie zum Beispiel die Grundschtulage oder die pädagogische Woche mit plane, auf denen ich dann neue Ideen und Impulse bekomme und oft sehr interessante Dozent:innen und Kolleg:innen kennenlernen darf. Ich freue mich sehr wenn es uns gelingt, dass sich Kolleg:innen der Grundschulen treffen um sich in gemütlicher Runde auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Viel zusammen lachen

Es hilft mir, dass ich in der GEW auf Gleichgesinnte treffe, die sich für ähnliche Ziele einsetzen. Ich habe schon viel von den Sichtweisen, den Erfahrungen und dem Austausch mit anderen Gewerkschafter:innen mit unterschiedlichen Professionen profitiert. Ich finde es immer wieder spannend, wenn wir gemeinsam versuchen Gegebenheiten zu hinterfragen und uns wieder daran erinnern, was wir für richtig halten in unserem Beruf und wie wir da auch wieder mehr hinkommen (Stichwort Artikel 26 der Bremischen Landesverfassung). Der für mich dickste Punkt auf der Nutzenseite ist die Abendgestaltung in Wremen. Auch wenn ich nach einem Erweiterten Vorstandswochenende nicht selten am Samstagnachmittag aufgrund akuten Schlafmangels auf dem Sofa ende, so gibt mir so ein Wochenende auch immer ganz viel Kraft mit auf den Weg in den schulischen Alltag. Es tut einfach gut, wenn wir nach der Arbeitsphase den Abend gemeinsam draußen oder auf der Kegelbahn genießen, dabei manches Mal die besten oder sagen wir mal „interessantesten“ Ideen entwickeln und vor allem auch ganz, ganz viel zusammen lachen. ■



Inga von Hagen, Sonderpädagogin und
GEW-Stadtverbandssprecherin Bremerhaven

„Meine Großeltern haben mich überzeugt“

Von Corinna Genzmer



Corinna Genzmer, Sonderpädagogin beim ReBUZ und GEW-Stadtverbandssprecherin Bremen



auf unserer Homepage (<https://www.gew.de/mitglied-werden/leistungen-fuer-mitglieder>) aufgeführt werden, waren bei meiner Entscheidungsfindung in die GEW einzutreten und aktiv mitzuarbeiten nicht entscheidend. Es waren und sind eher die Menschen an meiner Seite, die mich angesprochen und überzeugt haben.

Offen und unzensiert

Zuallererst waren es meine Großeltern, die mittlerweile auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft von mehr als 70 Jahren zurückblicken und dann eine Kollegin, die mich anwarb und auch gleich überzeugte aktiv im Bremer Stadtverbandsvorstand mitzuarbeiten. Nach meiner Kindheit und Jugend in der DDR weiß ich es zu schätzen, meine Ansichten nicht nur zur Bildungspolitik mit Gewerkschaftlern und Interessierten offen und unzensiert austauschen zu können, kontrovers zu diskutieren und mein Herzenthema „Inklusion“ mit der Unterstützung der GEW vorantreiben zu können. Bessere Arbeits- und Lernbedingungen kommen nicht von selbst, in einer Zeit, in der die Ökonomisierung des Menschen durch die

Wirtschaft so intensiv fokussiert wird, ist es wichtig sich für Werte wie Solidarität, Chancengleichheit und ein durchlässiges Schulsystem für alle einzusetzen. Mit meinem Nachbarn diskutiere ich immer wieder, ob Gewerkschaften noch zeitgemäß sind oder die Individualisierung der Gesellschaft so weit fortschreitet, dass der Solidargedanke abhandenkommt. Ich hoffe, dem ist nicht so, dafür setze ich mich ein! ■

Die GEW vertritt meine Interessen am Arbeitsplatz und in der Politik. Darüber hinaus haben wir GEW-Mitglieder viele Vorteile: Berufshaftpflicht und Rechtsschutz, interessante Seminare und Fortbildungsmöglichkeiten, Lesestoff, exklusive Reiseangebote, Lohnsteuerhilfe und viele weitere Vergünstigungen für Mitglieder. All diese Gründe, die auch

Gewerkschaften im Recht

Zur Bedeutung ihrer sozialen Mächtigkeit

Von Gerd Rethmeier

Das Recht hat verschiedene Funktionen. Unstreitig in unserer Gesellschaftsordnung ist seine Befriedungsfunktion. Es agiert als gesellschaftliches Subsystem, in das sich alle realen Konflikte übersetzen lassen (so der Anspruch) und entscheidet nach dann eigenen Regeln. Um die Rückbindung an die Gesellschaft sicherzustellen, bedürfen die richterlichen Entscheidungsträger daher einer gewissen demokratischen Legitimation. Was sagt die Rechtsprechung nun zu Gewerkschaften, die im gesellschaftlichen Bereich verankert (bestenfalls) und darüber hinaus einen gewichtigen Anteil an normsetzenden Verfahren vor allen bezüglich auszuhandelnder Tarifverträge haben?

Ab wann Gewerkschaft?

Auf den ersten Blick gibt es bezüglich der Befriedungsfunktion ein scheinbar widersprüchliches Bild: Weder das Grundgesetz noch das Tarifvertragsgesetz regeln ausdrücklich, wann eine Arbeitnehmerkoalition als Gewerkschaft anzusehen ist. Solange der Gesetzgeber auf die Normierung der Voraussetzungen für die Gewerkschaftseigenschaft und die Tariffähigkeit im Einzelnen verzichtet, sind daher die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit befugt, die Voraussetzungen für die Tariffähigkeit einer Arbeitnehmerkoalition im Wege der Auslegung des Tarifvertragsgesetzes im Lichte des Art. 9 Abs. 3 GG näher zu umschreiben (BVerfG, 1 BvR 1 / 16). Art. 9 Abs. 3 GG garantiert dabei in kollektiver Hinsicht das Recht, Gewerkschaften zu bilden, in individueller Hinsicht, sich ihnen anschließen zu können. Dies gilt daher für Arbeitnehmer und Beamte in gleicher Weise.

Durchsetzungskraft nötig

Dennoch wird nicht jedem gesellschaftlichen Zusammenschluss, der sich auf Art. 9 Abs. 3 GG beruft, die Tariffähigkeit zugestanden. Ausgangspunkt dieser Differenzierung ist das gesellschaftliche Faktum, dass die Arbeitgeberseite arbeitsrechtlich der Arbeitnehmerseite strukturell überlegen ist. Diese Feststellung ist ständige Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) wie des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). Um danach tariffähig zu sein, „muss die Arbeitnehmervereinigung sozial mächtig und von ihrem organisatorischen Aufbau her in der

Lage sein die ihr gestellten Aufgaben einer Tarifvertragspartei zu erfüllen“ (BAG, 1 ABR 37/16). Sie braucht „Durchsetzungskraft gegenüber dem sozialen Gegenspieler“ (BVerfG, 1 BvR 1571/15). „Die hinreichende Durchsetzungskraft und Leistungsfähigkeit einer Arbeitnehmervereinigung wird regelmäßig durch die Zahl ihrer Mitglieder vermittelt (BAG, 1 ABR 88/09).

Streikverbot europarechtswidrig?

Gut erkämpfte und ausgehandelte Tarifverträge sind für uns wichtig, da der Inhalt einer Angemessenheitskontrolle durch die Gerichte nach §310 Abs. 4 BGB entzogen ist. Sie tragen also die Vermutung der Angemessenheit in sich, weil sie auf konfliktträchtigem Weg mit anschließender Einigung zustande gekommen sind. Widerspruchsfrei ist diese Rechtsprechung dennoch nicht. Obwohl sich auch Beamte den Gewerkschaften anschließen können und sollen, sind sie vom Streik als schärfstem Kampfinstrument ausgeschlossen, folgt man der BVerfG-Rechtsprechung vom 12.6.2018. Wenn also einerseits die soziale Mächtigkeit von Gewerkschaften durch das BVerfG und BAG in den Mittelpunkt gestellt wird, werden andererseits die Streikmöglichkeiten der Gewerkschaften erheblich geschwächt, wenn dieser Beschäftigtengruppe die Teilnahme an Streiks verwehrt wird. Sie werden in Tarifverhandlungen lediglich mitgedacht, da Tarifergebnisse von Angestellten ganz oder teilweise (ohne Rechtsanspruch) auf die Beamtenschaft übertragen werden. Insofern haben Tarifergebnisse ohne aktive Mitwirkung der Beamtenschaft eine faktisch unangemessene Schlagseite. In einer Besprechung zum Streikurteil (BLZ 3/2018) war am Ende noch offen, ob der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte von uns in dieser Sache angerufen wird, um das deutsche Streikverbot für europarechtswidrig erklären zu lassen. Wir haben dies Ende 2018 getan und hoffen auf ein gutes Ergebnis vielleicht noch in 2022.

Die ungekürzte Version von Gerd's Text ist unter www.gew-hb.de zu lesen



www.vectorstock.com/huza

Vier Komma zwei Prozent

Seit Jahren drängt die GEW auf „mehr Geld für Bildung“. Die Argumente sind fundiert.

Von *Bernd Winkelmann*



Bernd Winkelmann, ehemaliger Landesvorstandssprecher und GEW-Urgestein

4,2 Prozent des „BIP“ (Bruttoinlandsprodukt) beziehen sich auf oftmals schwer zu vermittelnde Berechnungsmodalitäten. Gemessen wird, allgemein formuliert, wie viel ein Staat eingedenk seiner Wirtschaftsleistung für Bildung verwendet. Derartige Daten bilden deshalb in den politischen Auseinandersetzungen um die Bildungsfinanzierung eine ä-

ußerst relevante Größe. Im gewerkschaftlichen Kontext herrschen zu diesem konkreten Anteil von 4,2% drei Einschätzungen vor:

„Zu wenig“ – „unterdurchschnittlich“ – „konstant schlecht“

Dazu im Einzelnen: Wenn weiterhin der PISA-Merksatz gilt, dass in keinem anderen Land die Abhängigkeit des Bildungserfolges der Kinder vom sozialen Status der Eltern so ausgeprägt ist wie in der Bundesrepublik, dann erscheint ein erster Verdacht auf mangelnde Ausfinanzierung naheliegend. Betrachtet man marode Schulgebäude, mangelnde Personalentwicklung und veraltete materielle Ausstattungen genauer, dann sind wir auf der Bewertungsskala tatsächlich bei „zu wenig“ angelangt.

Eine Auseinandersetzung mit „Anteilen“ drängt zum Vergleich, die Statistiken der OECD liefern das Material. Bei den Bildungsausgaben insgesamt liegt Deutschland deutlich hinter den führenden Nationen zurück; Norwegen, Neuseeland und die USA geben beispielsweise mehr als 6% vom BIP für Bildung aus. Zieht man die Ausgaben für die Primar- und Sekundarstufe heran, so belegt Deutschland einen unterdurchschnittlichen Rang als 27. von 35 Ländern (vergl. Schrooten 2021, S. 32 ff.). Alles in allem sprechen wir von einer Unterdeckung im

Bildungsbereich von über 42 Mrd. € (vergl. Modellrechnung Kaphegyi 2017, S. 21) – ohne Inklusion, BaFöG-Erhöhung und die Integration Geflüchteter. Rechnet man diese Posten hinzu, kommt man auf mehr als 56 Mrd. € (vergl. ebenda, S. 22).

Trotz der groß inszenierten politischen Zusagen, auf Bildungsgipfeln und in Parteiprogrammen sowie der wiederholten Mitteilungen, man gebe für Bildung mehr Geld denn je aus, bleibt eine Tatsache bestehen: Der letzte bessere Prozentsatz als 4,2 im Weltländervergleich resultiert aus den 90-er Jahren des letzten Jahrhunderts, deutlich höhere Werte weisen die Jahrzehnte davor aus (vergl. Himpele 2007, S. 25). Das ist nichts anderes als konstant schlecht.

Die Unterfinanzierung ist ein Angriff auf die Menschenrechte

Die ganze Aufregung um die Finanzierung des Bildungswesens ist berechtigt. Letztendlich nämlich läuft es darauf hinaus, ob eine „vollständige () und freie () Entfaltung der Persönlichkeit“ (GEW 2013, S. 33) gelingen kann und soll. Von der Realisierung dieses Rechtes auf Bildung hängt somit u.a. ab, inwieweit Mitglieder einer Gesellschaft befähigt werden, „ihre gesellschaftliche Lage zu erkennen und individuelle und kollektive Mittel zu deren Veränderung zu nutzen“ (ebenda, S. 34).

Eingebunden ist diese Argumentation, das leitet Kophegyi ab, in eine von der UN verabschiedeten Konzeption unteilbarer Menschenrechte (vergl. Kophegyi 2017, S. 7), die nicht nur politische Freiheitsrechte beinhaltet, sondern auch bürgerliche und soziale, beispielsweise „die Befreiung von Armut, von Arbeits- und Bildungslosigkeit ...“ (ebenda). Er kommt zu dem Schluss, dass die Umsetzung gerade dieser unteilbaren Rechte „die Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts hätte verhindern können“ (ebenda). Die tatsächliche politische Entwicklung war eine andere, das ist bekannt.



www.vectorstock.com/huza

Die derzeitige Wirtschaftsordnung zerstört die Gesellschaft

Die Vertreter*innen dieser Ordnung greifen an der Stelle an, wo die elementaren Bedürfnisse der Menschen befriedigt werden müssten. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir harte wirtschaftliche Krisen, zunehmende ökologische Extremsituationen, eine konstante Armut und eine Zunahme menschenfeindlicher Einstellungen erlebt. Dies ging einher mit dem Abbau des sog. „Wohlfahrtsstaates“. Steuersenkungen für Wohlhabende, Privatisierung profitträchtiger staatlicher Bereiche und Prekarisierung der Lohnarbeit (vergl. ebenda, S. 10ff.) sind Kennzeichen dieses Vorgehens. Insofern ist der Kampf um jedes Zehntel Prozent beim BIP notwendig und ehrenwert, nur die wirtschaftlichen Machtverhältnisse verkehren damit die Argumentationsrichtung. Der eigentliche Ausgangspunkt müsste die Definition dessen sein, was „gute Bildung“ heute ausmacht und nicht, was das enge Budget der Bildungseinrichtungen gerade noch hergibt.

Die Zustandsbeschreibungen sind erdrückend, die Trends aber nicht neu

Weit vor unserer Zeit gab es schon einmal eine Ampelregierung, die erste in einem westdeutschen Bundesland. Diese Geschichte spielt in Bremen, denn bei der Bürgerschaftswahl 1991 verlor die SPD 11,7 Prozentpunkte und erstmals seit zwanzig Jahren wieder die absolute Mehrheit der Sitze. Die daraufhin gebildete Dreier-Koalition stellte mit Nachdruck Weichen: Mit Verweis auf das Sanierungsprogramm zur Tilgung der hohen Schulden des Bundeslandes unterließ es der Ampel-Senat, ein Mindestmaß an personeller Vorsorge im Bildungsbereich zu treffen. Die reale Alterspyramide der bremischen Lehrkräfte sowie die fach- und schulstufenbezogenen Bedarfe wurden ignoriert, so dass nach dem vollständigen Einstellungsstopp



Rechtzeitig investieren heißt gut investieren. (Foto: GEW Bremen)

zwischen 1982 und 1988 nunmehr „eine nur noch schwer zu korrigierende `Einstellungslücke“ (Burger 1993, S. 3) entstand. Aber nicht nur der Abbau von Stellen im Öffentlichen Dienst ist mit der Ampel verbunden. Gerade mit Bezug auf die Gegenwart soll daran erinnert werden, dass die bildungspolitische Debatte damals von der Ausstattung und Struktur des Bildungssystems auf die innere Schulentwicklung gelenkt wurde. Mängel wurden „individualisiert“: Die Qualität schulischen Lernens sei zu verbessern – und die liege in der Hand der Pädagog*innen. In einem vorläufigen Fazit ist nicht nur die bundesrepublikanische Unterfinanzierung insgesamt zu bedenken, sondern auch ein „innerdeutscher“ Vergleich heranzuziehen. Der in diesem Zusammenhang wirklich aussagekräftige ist jener zwischen den Stadtstaaten. 2017 stellte die zuständige Senatorin fest, dass unser Bundesland bei den Pro-Kopf-Ausgaben für Schüler*innen 2.000 € hinter Hamburg und Berlin zurückliege (Die Senatorin für Kinder und Bildung 2017). Versprochen wurde ein „Aufholen“. Dies allerdings ist nicht gelungen: Mittlerweile liegt Hamburg um 2.500 € vorne, Berlin gar um 3.200 € (vergl. Schrooten 2021, S. 23).

Die GEW hat sich gut vorbereitet

Die Bildungsfinanzierung ist ein in der GEW naheliegender Weise tief verwurzelt Thema. Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ erreichten wir eine neue Stufe des koordinierten Vorgehens. Dies gelang mit der Idee, sich innerhalb der Organisation über „gute Bildung“ verbindlich zu verständigen (vergl. GEW 2017a), alle Bildungsbereiche von der Kita bis zur



Leere Versprechungen und die Folgen. (Foto: GEW Bremen)

Weiterbildung einzubeziehen sowie insbesondere die Bundesorganisation und die 16 Landesverbände durch gemeinsame Aktivitäten verstärkt zu verknüpfen, und zwar unter Beteiligung möglichst vieler Mitglieder.

So konnte dieses als „sperrig“ angesehene Thema anhand eingängiger Beispiele verständlich gemacht und mit klaren Botschaften in der „konkreten Relevanz für den Alltag“ (Heidn u.a. 2021, S. 48) versehen werden: Verankert bei den eigenen Kolleg*innen, nachvollziehbar in der Bevölkerung im Allgemeinen und durchaus aufklärend-konfrontativ gegenüber politischen Entscheidern. Die Richtung der Argumentation bestand darin, gute Bildung als „gesamtgesellschaftliches Anliegen“ zu verdeutlichen und nicht als „ausschließliche Interessenvertretung von pädagogisch Beschäftigten“ (ebenda, S. 42).

Umverteilung des Reichtums

Fünf Jahre nach Gründung der Initiative können wir in aller Bescheidenheit feststellen, dass einiges geklappt hat: Die mit den intensiv vorbereiteten Aktionszeiträumen vorgenommene Konzentration auf einen Inhalt (Integration/Inklusion, Gebäude, Arbeitsbelastung) bündelte die Aktivitäten der Organisation in einem überschaubaren Zeitraum an vielen Orten. „A 13 für alle“ beispielsweise erhielt dadurch eine bislang nicht gekannte Präsenz in der Öffentlichkeit und konnte in einigen Bundesländern durchgesetzt werden.

Die Ausarbeitung von umfangreichen Expertisen ermöglichte eine Sammlung von Fakten und Argumenten, mit der nicht nur die Bedarfe beziffert, sondern gleichzeitig die Finanzierbar-

keit unserer Vorstellungen nachgewiesen wurde. Mit dem dazu vorgelegten Steuerkonzept positioniert sich die GEW unverkennbar i.S. einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums (Spitzensteuersatz, Vermögens-, Erbschafts- und Reichensteuer; vergl. Eicker-Wolf u.a. 2016).

Auf fundierter Grundlage argumentieren zu können, befördert die Kommunikation nach innen, wenn die vielschichtigen Informationswege unserer Organisation denn genutzt werden, sowie die Lobbyarbeit, gerade in der Bundespolitik. Und als Marlis Tepe „In Bildung unterwegs“

war, 2017 und 2019 auch im Lande Bremen, begegneten sich die verschiedenen Ebenen und wurden aufeinander bezogen, das praktische Beispiel in einer Bildungseinrichtung und die Verallgemeinerung zur Lage der Republik.

Weitere Aspekte ließen sich benennen. Das Erzielen von Erfolgen jedoch bleibt mühselig.

Die GEW will gesellschaftlichen Druck entfalten

So ist es jedenfalls beschlossen (vergl. GEW 2017b). Die GEW, auch dieser Gedanke ist in den Dokumenten des Freiburger Gewerkschaftstages vermerkt, arbeitet zu diesem Zweck mit „allen sozial engagierten und fortschrittlichen Kräften zusammen“ und „beteiligt sich an (entsprechenden) gesellschaftlichen Bündnissen“ (ebenda). Dies gelang überzeugend mit dem „Appell für mehr Geld in der Bildung!“ (GEW 2017c). Ebenso hervorzuheben sind die in unserem Bundesland erfolgten Bündnisaktivitäten unter den Titeln „Vorfahrt für Bildung“ (Bremer Bündnis für Bildung o.J.) bzw. „Bildung. Zukunft. Jetzt“ (vergl. GEW Bremerhaven 2019).

Der „Bündnisbeschluss“ offenbart jedoch ebenfalls, wie anspruchsvoll er hinsichtlich seiner politischen Umsetzung ist, denn die Anforderungen sind nun einmal hoch: Es bedarf eines „breiten gesellschaftlichen Konsens(es)“, um die zitierte „strukturelle und systembedingte Unterfinanzierung des Bildungswesens zu beseitigen“ (Fuchs, Heidn 2018). Ausschließlich mit den „üblichen“ Partnern gelinge das nicht, das zeigten die letzten Jahre, so kritische Stimmen, welche ihrerseits die Prüfung „antagonistischer Kooperationen“ vorschlugen.



Das Schröpfen muss ein Ende haben. (Foto: GEW Bremen)

Nur in einer gerechten Gesellschaft

Bei allen notwendigen Überlegungen muss die GEW glaubwürdig bleiben. Richtige finanzpolitische Kernforderungen wie die Abschaffung des Kooperationsverbotes, der Wegfall der Schuldenbremse oder die Abkehr von Privatisierungen im Bildungswesen engen ihrerseits allerdings Bündnisse ein. Die Widersprüchlichkeit zwischen systembedingter Unterfinanzierung und eines als notwendig erachteten breiten gesellschaftlichen Bündnisses ist in der GEW nicht gelöst. Es genügt nicht, wie Eva Borst so richtig schreibt, „nur Chancengleichheit zu fordern. ... Bildungsgerechtigkeit setzt eine gerechte Gesellschaft voraus ...“ (Borst 2013, S. 4). Sie fährt fort: „Jedes Argument für soziale Gerechtigkeit (ist) ein Angriff auf das neoliberale Wirtschaftssystem“ (ebenda, S. 6).

Insofern sind die „4,2 Prozent“ kein Versehen. Wenn Bildung einseitigen wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird, ist die freie und vollständige Entfaltung der Persönlichkeit (s.o. GEW 2013) nicht die Bezugsgröße. Vielmehr werden berechnete Interessen der Menschen unterlaufen durch Entpolitisierung und scheinbar „alternativlose Sachzwänge“.

In diesem Zusammenhang fordert die zur kapitalistischen Ökonomie arbeitende Regisseurin Carmen Losmann eine Abkehr von der Profitorientierung unseres Wirtschaftssystems: „Die Radikalität der erforderlichen Maßnahmen entspricht der Radikalität der Probleme, vor denen wir stehen“ (Adorján 2021). Das könnte immerhin ein Leitgedanke sein. Die Diskussion um Bündnisse und deren Wirksamkeit ist mithin längst nicht beendet. ■

Quellen:

- Adorján (2021): Schlecht gedacht, Interview mit Carmen Losmann in der SZ vom 8.11.21
- Borst (2013): Schule 2.0 – Über den Bildungsbegriff, Berlin
- Bremer Bündnis für Bildung (o.J.): Vorfahrt für Bildung!, Bremen
- Burger (1993): Operation gelungen – Patient tot, Bremen
- Die Senatorin für Kinder und Bildung (2017): Fachpolitisches Handlungskonzept Kinder und Bildung, Bremen
- Eicker-Wolf u.a. (2016): Richtig gerechnet! Das Steuerkonzept der GEW – Aktualisierung und Neuberechnung, Frankfurt
- Fuchs, Heidn (2018): Impulse für eine künftige Bündnisarbeit der GEW, Frankfurt
- GEW (2013): Bildung als Menschenrecht erfordert Widerstand gegen Ökonomisierung und Privatisierung des Bildungswesens, Beschluss 3.5 zum Bundesgewerkschaftstag, Düsseldorf
- GEW (2017a): Mehr Geld für Bildung! Eine Initiative der GEW stellt sich vor, Frankfurt
- GEW (2017b): Für eine bessere Finanzierung und Ausstattung des Bildungswesens, Beschluss 1.2 des Bundesgewerkschaftstages, Freiburg
- GEW (2017c): Appell für mehr Geld in der Bildung!, Frankfurt
- GEW Bremerhaven (2019): „Zukunft Jetzt!“ - „Bildung Jetzt!“, Informationen des Stadtverbandsvorstandes, Ausgabe 3/4, Bremerhaven
- Heidn u.a. (2021): Evaluationsbericht der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ 2017-2021, Frankfurt
- Himpele (2007): Bildungsfinanzierung in Deutschland, Berlin
- Kaphegyi (2017): Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie, Frankfurt a.M.
- Schrooten (2021): Bildungsfinanzierung – Fokus Schule, Frankfurt a.M.

Aufgeschobene Befreiung

Ein Rückblick auf die Apartheid in Südafrika und den Widerstand dagegen.
Erster Teil.

Von *Werner Pfau*

Business as usual?

Bald sind es dreißig Jahre, dass die Apartheid in Südafrika abgeschafft wurde. Was zweifellos einen großen Fortschritt in sich darstellt – die Befreiung der Mehrheitsbevölkerung von ebenso grausamen wie demütigenden Gesetzen -, beseitigte allerdings nicht jenen eklatanten Gegensatz zwischen Arm und Reich, den der Afrikanische Nationalkongress (ANC) ursprünglich durch Landreform, Umverteilung, partielle Vergesellschaftung bekämpfen hatte wollen. Noch heute gibt es Wohnviertel, in denen Stromleitungen illegal angezapft werden, weil Energie zu teuer für die nach wie vor Pauperisierten ist, die darin leben. Einem durchaus aufgestiegenen schwarzen Mittelstand stehen abgehängte Schichten gegenüber. Einstmals führende Mitglieder des Widerstands gegen die Apartheid sind in die politische und ökonomische Elite aufgerückt und etliche unter ihnen sehen sich Vorwürfen der Korruption ausgesetzt. Etwa der ehemalige Präsident Jacob Zuma, der deswegen vor Gericht steht.

Emanzipation zum Neoliberalismus

Der frühere Gewerkschafter und jetzige Staatschef Cyril Ramaphosa hatte zwischenzeitlich die Seiten gewechselt und war im Vorstand einer Minengesellschaft tätig. Sein Privatvermögen wird auf 450 Millionen Dollar geschätzt. In den Neunzigern galt er als prominenter Verfechter eines wirtschaftsliberalen Kurses – die vormalige, moderat sozialistische Ausrichtung der Bewegung durfte zwar noch auf Feierlichkeiten unter den 'Comrades' beschworen, sollte aber aus der realen Wirtschaftspolitik herausgehalten werden, um auswärtiges Kapital nicht zu verschrecken. Dabei hätte gerade das an seltenen Bodenschätzen reiche und industriell fortgeschrittene Land sich sozialreformerische 'Experimente' vermutlich eher leisten können als eine Karibikinsel wie Kuba, die aus der Abhängigkeit von sowjetischen Produkten nie herauskam.

Angesichts der satten Wahlerfolge des ANC verhalten die Korruptionsvorwürfe der kleinen Oppositionsparteien ungehört.

Eine späte Frucht solcher Verhältnisse sind die gigantischen Kohlekraftwerke in Mpumalange, gegen die Greenpeace Afrika verzweifelt protestiert. Die Anlage Medupi im Norden wurde erst in den letzten Jahren gebaut, man munkelt von intensiver Lobbyarbeit der japanischen Hitachi Power gegenüber den Verantwortlichen, die fast ausschließlich dem ANC angehören. Neben persönlicher Bereicherung geht es wohl auch um die Versorgung der eigenen Gewerkschaftsklientel mit Arbeitsplätzen, um welchen ökologischen Preis auch immer.

Rassismus und Ökonomie

Die Beseitigung rassistischer Strukturen setzt eben keineswegs automatisch andere politische und ökonomische Machtverhältnisse außer Kraft: Eine traurige Wahrheit, die im Zeitalter der Wokeness etwas in Vergessenheit gerät. So mancher Genosse und manche Genossin von früher verwandelten sich nach der Wende in 'Charaktermasken' von Wachstumszwang und Standortpolitik, sei es dank neuerworbener Pfründe, sei es aus dem Gedanken der Alternativlosigkeit. Dabei war in den theoretischen Zirkeln des ANC und verwandter Gruppen seit den Sechziger Jahren verstärkt darüber diskutiert worden, inwieweit die Apartheid nicht als Form eines rassistisch konstituierten Kapitalismus zu verstehen sei, ihre Abschaffung also auch antikapitalistische Elemente enthalten müsse. Werfen wir daher zunächst einen Blick auf ihre Entstehungsgeschichte.

Fanatismus der Segregation

Geschichtsbücher verzeichnen das Jahr 1948, in dem die burische Nationale Partei einen überraschenden Wahlsieg einfuhr und ihn zielstrebig dafür nutzte, das bislang herrschende britische Establishment und dessen burische Verbündete politisch still zu stellen. Mittels der errungenen Machtposition macht sich die Partei, vorher eher als radikale Randgruppe verschrien, an die Verwirklichung jenes Konzeptes, das in ihren Reihen entwickelt worden war und die Errichtung einer totalen räumlichen, politischen und sozialen Segregation der 'Rassen' beinhaltet.



Soweto, ein Township, das Geschichte schrieb (Foto: WikiCommons)

Doch schon diese Datierung wird in der Literatur zum Teil heftig bestritten. Eine Gegenposition lässt die Geschichte der Apartheid mit dem Eindringen erster burischer Siedler 1652 beginnen. Zu recht wird darauf verwiesen, dass auch die britischen Eliten von tiefem Kolonialrassismus erfüllt und an der Erhaltung ihrer Herrschaft über die Kolonisierten interessiert waren. Schon vor 1948 hatten Gesetze die schwarze Bevölkerungsmehrheit sowie farbige und indische Minderheiten vom Wahlrecht ferngehalten, ihnen den Zugang zu bestimmten Gebieten und Berufen verwehrt und politische Betätigung nur in engen Grenzen zugelassen. Ganz zu schweigen von der großen Landnahme und Enteignung, die im 19. Jahrhundert und davor stattgefunden hatte und überwiegend Weißen das Eigentum an großen Farmen zueignete. War also überhaupt etwas neu an dem, was 1948 geschaffen wurde? Ja und Nein. Der Schlüssel für das Verständnis der Apartheid liegt in der Lage der burischen Weißen innerhalb der südafrikanischen Gesellschaft.

Der Nationalismus der 'Afrikaner'

Burischer Siedlerkolonialismus hatte zwar Teile des Landes bereits Jahrhunderte vor der britischen Armee okkupiert, war von dieser aber im Laufe des 19. Jahrhunderts sowohl geografisch zurückgedrängt als auch militärisch in mehreren Kriegen besiegt worden. Die europäische Herkunft der ursprünglich niederländischen Buren stimmte das siegreiche Empire keineswegs milde – Hautfarbe spielt in der Kolonialpolitik meistens eher die Rolle der Legitimation als die der wirklichen Begründung. Die Härte der britischen Militärstrategie gegenüber den Buren manifestierte sich im Bau von 'Concentration Camps' zur Umsiedlung und Kontrolle der Besiegten. Zehntausende von Menschen starben darin,

darunter viele Frauen und Kinder. In der 1909 gegründeten Südafrikanischen Union hatten die verbliebenen Buren sich der britischen Vorherrschaft unterzuordnen, profitierten gleichwohl, zumindest was die Angehörigen der Oberschicht betraf, von kolonialen Privilegien gegenüber anderen ethnischen oder rassistisch definierten Gruppen, vor allem der depravierten afrikanischen Mehrheit. Einflussreiche burische Honoratioren setzten daher auf eine Politik der Versöhnung mit Großbritannien und waren bereit, dafür einige Kröten zu schlucken, darunter die sprachpolitische Dominanz des Englischen.

Aggressive Mischung

Eine Minderheit hegte angesichts des britischen Sieges revanchistische Affekte und sah in der Verständigungspolitik mit den neuen Herren Verrat. So entstand eine aggressive Mischung aus calvinistischem Überlegenheitsdünkel und völkischer Blut- und Boden-Mystik: Jahrhundertlang hatte Gott den Buren Siege über die 'unzivilisierten' afrikanischen Stämme geschenkt und sie hatten im Schweiß ihres Angesichts Land urbar gemacht. Durch britische Ranküne waren sie um ihren rechtmäßigen Herrschaftsanspruch betrogen worden.

Industrialisierung, Urbanisierung und völkische Paranoia

Dieses völkisch nationalistische Milieu wird es sein, in dem das Konzept der Apartheid entsteht.

Auftrieb erhielt es in den Zwanziger und Dreißiger Jahren durch den sozialökonomischen Prozess verstärkter Urbanisierung im Rahmen eines sich schnell entwickelnden Industriekapitalismus. Denn während die Kommandohöhen der entstehenden Industrien in britischer Hand waren, zog die Nachfrage nach Arbeitskraft nicht nur ärmere Buren in



„Jeder Person wurde qua willkürlicher staatlicher Setzung eine 'Rassenzugehörigkeit' zugewiesen. Unnötig zu sagen, dass Hautfarbe Tausende von Schattierungen aufweist.“

die Städte sondern auch Farbige und Schwarze. Die damit verbundenen Friktionen erreichen in der Großen Depression von 1929 ihren Höhepunkt. Bei den sogenannten Poor Whites, die zum größten Teil burischer Herkunft waren, befeuerte ein realer oder gefühlter Statusverlust doppelte Ressentiments, nationalistische gegenüber der britischen Elite, rassistische gegenüber den Schwarzen, die mit ökonomischem Aufstieg zur Konkurrenz werden und auch politische Rechte fordern konnten. Sexuelle Libertinage zwischen den 'Rassen' würde die 'Blutreinheit' der Buren unterminieren. Verschwörungstheorien fantasierten von einem schwarzen Griff nach der Macht, womöglich im Dienst der Briten, mit dem Ziel, die Buren in ihrer völkischen Identität vollständig auszulöschen. Nur ein grundsätzlicher Bruch mit der ganzen Entwicklung könne das 'Überleben' des tapferen Volkes – womit nichts anderes als dessen Herrschaftsanspruch gemeint war - sichern. Ideologen wie DF Malan lieferten die Argumente, freimaurerische Männerbünde wie der 'Afrikanse Broederbond' schafften das Netzwerk, geschichtspolitische Inszenierungen wie das hundertjährige Jubiläum des Großen Trecks von 1838 entfalteten signifikante propagandistische Wirkung.

Der Weg zum Wahlsieg

Überdeckte die Teilnahme Südafrikas am Zweiten Weltkrieg noch die ideologischen Konflikte innerhalb der politischen Klasse, so flammten diese anlässlich der Wahl von 1948 wieder auf. Die Kriegsteilnahme hatte das Selbstbewusstsein vieler Schwarzer gestärkt. Indien war unabhängig geworden. Auch in anderen Teilen der Welt regten sich antikoloniale Bewegungen. Wirtschaftsnahe Stimmen propagierten eine vorsichtige, kontrollierte Ausweitung der Rechte von Schwarzen, die man als zukünftiges Reservoir von Arbeitskräften einplante, zunehmend auch für qualifiziertere Tätigkeiten. Das schloss auch eine liberalere Haltung gegenüber dem Zuzug Schwarzer in die Städte zum Behufe ihrer Verwertung ein. Für die Nationale Partei als Repräsentantin des völkischen burischen Nationalismus war das ein Schreckensszenario. Sie malte im Wahlkampf nach bewährtem Muster die 'schwarze Gefahr' an die Wand – und gewann. Bis 1994 blieb sie an der Macht; da das von ihr installierte System der Segregation auch britischen Weißen koloniale Privilegien sicherte, identifizierten viele aus ihren Reihen sich damit und zementierten die Alleinherrschaft der Partei.

Das System der Apartheid

Durch die Passgesetze von 1950 wurde gewissermaßen das Fundament einer durchgängigen, alle Lebensbereiche erfassenden Segregation der Bevölkerungsgruppen gelegt. Jeder Person wurde qua willkürlicher staatlicher Setzung eine 'Rassenzugehörigkeit' zugewiesen. Unnötig zu sagen, dass Hautfarbe Tausende von Schattierungen aufweist. Der pseudowissenschaftliche Überbau, dem zufolge jede Gruppe ihrer eigenen 'Kultur' gemäß leben und dafür von den anderen getrennt werden musste, war das eine. Das dahinterliegende Motiv war, die Kolonisierten systematisch auseinander zu dividieren. Deshalb wurde die größte Gruppe der Schwarzen auch nicht als solche eingestuft, sondern entlang ihrer Stammeszugehörigkeiten. Im Grunde war die Mehrheit damit politisch fragmentiert, zerfiel sie doch in Stämme wie die Zulu, Xhosa und andere, die alle gemäß staatlich dekretiertem Tribalismus 'unter sich' bleiben sollten.

Räumliche Segregation

Den Gruppen wurden Wohngebiete zugeteilt, wobei urbane und fruchtbare Landesteile selbstverständlich unter weißer Kontrolle blieben. Der Zuzug schwarzer Familien in die Städte sollte gestoppt werden. Wo sie trotzdem gebraucht wurden, sollte jeweils ein Elternteil für begrenzte Zeit in einem weißen Areal arbeiten dürfen, freilich unter der Maßgabe, dass der Rest der Familie im Homeland bleiben musste. Dadurch sollte die Rückkehr der Arbeitenden, anfangs üblicherweise Männer, sichergestellt werden. Als dann noch die Homelands zu völkerrechtlich eigenständigen Gebilden erklärt wurden, war die staatlich inszenierte, anhand rassistischer Kriterien organisierte Arbeitsmigration perfekt. Zumindest auf dem Papier war damit das koloniale Bedürfnis des Machterhalts durch Segregation mit dem kapitalistischen Bedürfnis nach flexibel zu befriedigender Arbeitsnachfrage versöhnt. Praktisch konnte der politische Anspruch sich nie völlig gegenüber dem 'stummen Zwang' der kapitalistischen Verhältnisse durchsetzen: Schwarze Familien, die in ihren Homelands keine Existenzgrundlage hatten, migrierten zu tausenden illegal in die Städte. Townships wie Soweto sprossen aus dem Boden und wurden zu Zentren des Widerstands. ■

Fortsetzung im zweiten Teil des Artikels.

Zurück in die Zukunft

Die Altersteilzeit für Tarifbeschäftigte der Länder muss wieder eingeführt werden

Von Ingo Lenz

Ich müsste noch 3,5 Jahre in der Schule arbeiten. Mit über 66 Jahren, nicht wirklich vorstellbar. Die stressigen Situationen mit den Jugendlichen nehmen zu. Die Empathie für deren Lebenswelten aufzubringen, fällt zunehmend schwerer. Lärm wird immer unangenehmer. Die Renitenz einiger Schüler:innen stellen Barrieren dar, deren Überwindung immer mehr Kraft erfordert. Erfahrungen und Souveränität im pädagogischen Handeln helfen natürlich, stoßen aber an Grenzen. Die Belastungsgrenze sinkt eindeutig. Gefühl der Erschöpfung, keine Energie mehr – krank. Klar, viele auch Jüngere befinden sich in diesem „Hamsterrad“. Andere wiederum kommen mit ihrer Lehrsituation auch im fortgeschrittenen Alter gut klar. Trotz aller differenzierenden Betrachtungen, die als Belastung empfundener Faktoren nehmen mit zunehmendem Alter zu. Darauf weist auch der Gesundheitsbericht des bremischen öffentlichen Dienstes hin. Dort wird festgestellt, dass krankheitsbedingte Fehlzeiten mit dem Alter tendenziell zunehmen, besonders die Dauer attestierter Erkrankungen. Nahezu ein Drittel aller Lehrkräfte sollen wegen psychischen und psychosomatischen Störungen oder Folgeerkrankungen vorzeitig aus dem Beruf ausscheiden.

Keine altersgerechten Arbeitsplätze

3,5 Jahre noch. Was tun? Augen zu und durch. Wie hoch ist der Preis? Welche Möglichkeiten gibt es aus belastenden Arbeitssituationen auszusteigen. Ein präventives Angebot für altersgerechte Arbeitsplätze ist nicht erkennbar. Die betriebliche Sozialberatung kann genutzt werden. Vielleicht verhilft das Gespräch dort zu entlastenden Einsichten. Oder einfach aufhören? Finanziell nicht machbar.

Aber bis vor zwölf Jahren gab es eine Möglichkeit, den Ausstieg praktikabel vorzuziehen: Die Altersteilzeit. Für Tarifbeschäftigte des öffentlichen Dienstes der Länder wurde 1998, auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes (AltTZG), ein Tarifvertrag abgeschlossen. Dieses Gesetz und auch die tariflichen Vereinbarungen sollten einen gleitenden Übergang in die Rente ermöglichen und gleichzeitig jüngeren Arbeitssuchenden einen Arbeitsplatz bieten. Kernpunkte in dem AltTZG und den bezugnehmenden tariflichen Vereinbarungen ist die Möglichkeit

zur Halbierung der Arbeitszeit in einer dreijährigen Phase vor dem Rentenbeginn. Dieses entweder in einem Blockmodell, 1,5 Jahre Arbeiten und nachfolgend 1,5 Jahre Freistellung, oder als Teilzeitmodell.

Unterschiedliche Rechte

Vorteilhaft waren die mindestens 20-Prozent-Zulagen auf das Einkommen und der auf 80 Prozent aufgestockte Beitrag zur Rentenversicherung. In dem Tarifvertrag-Altersteilzeit wurden sogar 83 Prozent des Nettoverdienstes während der Altersteilzeitphase gewährt. Während heute verbeamtete und bei Kommunen angestellte Kolleginnen und Kollegen auf beamtenrechtliche oder TVÖD-Regelungen Bezug nehmen können, wird den Tarifbeschäftigten der Länder diese Möglichkeit seit 2010 verwehrt.

Seitdem hat sich die Verhandlungsführung der Tarifgemeinschaft der Länder geweigert, Verhandlungen über tarifvertragliche Regelungen zur Altersteilzeit zu führen. Hat die Blockadehaltung der Arbeitgeberseite weiter Bestand, gäbe es die Alternative einer Betriebsvereinbarung, die auf der Grundlage des AltTZG vereinbart werden kann. Allerdings konnten in Dienststellen TVL-Beschäftigte sehr wohl eine Altersteilzeitvereinbarung auf Grundlage des AltTZG treffen. Dort, wo es darum ging, Personal abzubauen oder durch billigeres zu ersetzen.

Das wäre doch mal Fürsorge

Natürlich geht es zu allererst darum, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Jedoch ist es im Hinblick auf die länger werdende Lebensarbeitszeit bei gleichzeitig ansteigenden Belastungsfaktoren an der Zeit, die Altersteilzeit wieder als Ausstiegsschance aus krankmachenden Stressoren anzubieten, bevor sich Krankheit manifestiert. Das wäre doch mal Fürsorge.



Ingo Lenz,
Fachpraxislehrkraft

Schulen im Schlamassel

Die reale Bildungskatastrophe

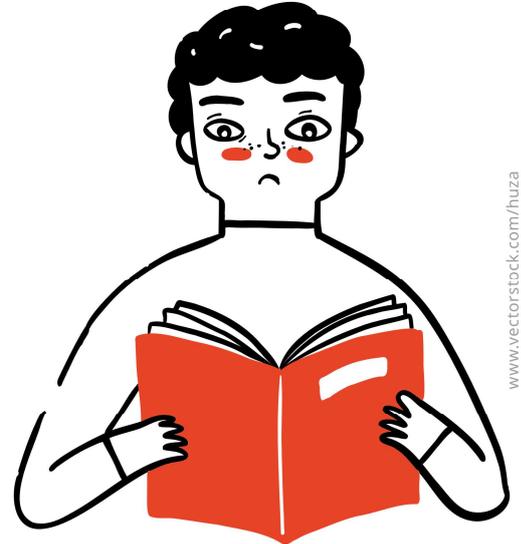
Von *Helmut Zachau*

Die aktuelle Corona-Pandemie wirkt wie ein Vergrößerungsglas, das die seit langem aufgebauten strukturellen Mängel verdeutlicht. Die Kultusministerien blockieren längst notwendige Anpassungen an reale gesellschaftliche Entwicklungen, die durch Prozesse der sozialen Spaltung, durch Zuwanderung verstärkte gesellschaftliche Diversität und Digitalisierung gegeben sind.

Die Kultuspolitiker*innen führen auch keine Diskurse über notwendige Veränderungen des Bildungswesens, sondern dulden die Verwaltung des Bestehenden. Dabei formulieren sie immer neue Anforderungen, die sich aufgrund des realen Problemdrucks oder politischer Wünsche ergeben. Echte Lösungen werden dabei meist nicht angegangen. Pädagogische Inputs werden weitgehend unreflektiert und oft auch widersprüchlich in bestehende Systeme eingeführt, wie z.B. die notwendige und auch an sich richtige Inklusion in ein grundlegend auf Auslese ausgerichtetes Schulsystem.

Wo Bremen besser ist

Der Erfolg der Bildungseinrichtungen wird an der Erfüllung weitgehend kognitiver Lernziele gemessen, diese werden wesentlich unter dem Aspekt von Verwertbarkeit formuliert. Der Trend, Bildung auf eine weitgehend zusammenhanglose Summe von Einzelkenntnissen zu reduzieren, ist deutlich. Der gesellschaftliche Auftrag der Schulen, die heutigen Kinder und Jugendlichen auf eine Gesellschaft der Zukunft vorzubereiten, in der sie ihren materiell und persönlich abgesicherten Platz im Rahmen von partizipativen, demokratischen Prozessen finden können, wird so immer weiter verdrängt. In den aktuellen Bildungsrankings sind die Länder der Südschiene erfolgreich und niemanden fällt es auf, dass in diesen Ländern der Anteil der rechtsradikalen Jungwähler*innen und der Impfverweigerer*innen - also der Leugner der Ergebnisse wissenschaftlicher Erkenntnisse - überdurchschnittlich hoch ist. Das signalisiert doch ein eklatantes Bildungsversagen. In diesem Bereich arbeiten die Bremer Schulen offensichtlich besser.



www.vectorstock.com/huza

Viele und keine Überstunden

Kurzum, die Schulen befinden sich in einem riesigen Schlamassel und kämpfen weitgehend klaglos mit ihren Mitteln gegen all diese Überforderungen an. Nur einmal zur Illustration: Die Bremer Polizei meldet aktuell gut 300.000 meist coronabedingte Überstunden. Das Bildungswesen meldet null, hier wird alles durch höheres Engagement im System kompensiert. So sehr sich die Kollegien auch mühen, im Ergebnis verfestigt sich das zunehmende Versagen des Bildungssystems vor den gesellschaftlichen Herausforderungen und Notwendigkeiten. Und die strukturell weiter gestiegene Verdichtung der Arbeit wird auf kurz oder lang auch einen Preis in Form Erkrankungen und inneren oder realen Kündigungen einfordern.

Substanzgefährdend

Wir befinden uns durch die Verweigerung einer an den gesellschaftlichen Notwendigkeiten orientierten Gestaltung des Bildungswesens in einer realen Bildungskatastrophe, die perspektivisch die demokratische Substanz unserer Gesellschaft gefährdet. Den Preis dafür zahlen die Kinder und Jugendlichen, weil deren Zukunftschancen so verbaut werden und die Mitarbeiter*innen im Bildungswesen, weil deren Gesundheit und deren Idealismus zerstört werden.

Die GEW ist als Bildungsgewerkschaft gefordert, dieser Entwicklung mit all ihren Mitteln entgegen zu treten. Dabei sehe ich drei wesentliche Schwerpunkte:

Bildungsziele erweitern

Die inhaltliche Diskussion um die Ausrichtung des Bildungswesens muss im Rahmen einer umfassenden Curriculum-



Auch viele Schulgebäude sind in einem baufälligen und sanierungsbedürftigen Zustand. Beispiel: Der Schulhof an der Oberschule Geestemünde. Foto: Susanne Carstensen

„Kurzum, die Schulen befinden sich in einem riesigen Schlamassel und kämpfen weitgehend klaglos mit ihren Mitteln gegen all diese Überforderungen an.“

Reform geführt werden. Hierbei geht es um die Weiterung der Bildungsziele unter dem Aspekt der kulturellen Vielfalt in unserer Gesellschaft und um die real vorhandenen aber nicht genutzten Potenziale insbesondere der Schüler*innen aus migrantischen und von Armut betroffenen Familien. Das könnte auch ein Baustein zum Abbau des Fachkräftemangels sein. Es geht aber auch um ein Bildungsverständnis, dass über die rein kognitiv definierten Lernziele hinausgeht und die gesellschaftlichen Zielsetzungen der demokratischen Gestaltung mindestens gleichberechtigt einbezieht. In diesem Diskurs muss auch eine Einordnung des Einsatzes digitaler Medien erfolgen. Dabei stehen Fragen der Stärkung motorischer, sozialer und demokratischer Kompetenzen in Verbindung zu rein individualistisch ausgerichteten medienbasierten Lernprozessen zur Klärung an. Und es muss das Verhältnis von Inklusion und Auslese geklärt werden.

Schulen umfassend stärken

Als zweiter Schwerpunkt ist die Verbesserung der materiellen Situation der Schulen noch stärker in die öffentliche Diskussi-

on einzubringen. Es braucht einfach mehr Personal, bessere technische Ausstattung und Unterrichtsräume, die den ergonomischen Anforderungen an ein produktives Lernklima auch gerecht werden. Von nichts kann nichts kommen.

Profession erweitern

Und schließlich ist es notwendig, die grundlegende Neuausrichtung des pädagogischen Personals zu bewerkstelligen. Gerade durch die Weiterungen der Professionen in der pädagogischen Alltagsarbeit der Bildungseinrichtungen ist konzeptionelle Klarheit über deren unterschiedliche Rollen herzustellen. ■



Helmut Zachau, Bildungsexperte und ehemaliger Schulleiter

Female Empowerment statt Gender Gap

75 Jahre Landesfrauenrat Bremen:
Fachtagung zur Geschlechtergerechtigkeit im digitalen Wandel

Von Inge Voigt-Köhler

Eine Bremer Frauen-Dachorganisation feiert ihren 75. Geburtstag mit einer Online-Fachtagung zum Thema Digitalisierung. Schon bei der Gründung des Bremer Frauenausschusses (bfa) 1946 durch fünf Bremerinnen*) wurde das Ziel formuliert, die Bremerinnen aufzurütteln, politisch aktiv zu werden. Unmissverständlich forderten sie die völlige Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Gebieten. So ist es bis heute parteiübergreifend geblieben beim Landesfrauenrat Bremen – Bremer Frauenausschuss e.V.

In einer Online-Veranstaltung gemeinsam mit der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) standen Chancen und Risiken des digitalen Wandels im Mittelpunkt. Am Live-Stream „Female Empowerment statt Gender Gap: Geschlechtergerechtigkeit im digitalen Wandel“ aus dem Festsaal der Bremischen Bürgerschaft nahmen ca. 70 Interessierte teil und diskutierten notwendige Voraussetzungen für eine geschlechtergerechte digitale Transformation. Digitalisierung verändert unseren Alltag und alle Lebensbereiche, wobei auch das Geschlecht eine wichtige Rolle spielt. So besteht die Gefahr, bestehende Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen zu zementieren und neue zu produzieren. Zugleich bestehen aber auch Chancen für neue Zugänge und Möglichkeiten.

Dr. Stefan Ullrich vom Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft – Das Deutsche Internet-Institut – ist Mitglied der Sachverständigenkommission für den „Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung“. Der den Untertitel trägt „Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten“. Blättert man in dem Bericht, so findet man eine beeindruckende Bandbreite an Forderungen, um den bestehenden Ungleichheiten zu entgegenzuwirken. Dazu kommen konkrete Handlungsempfehlungen, von denen viele auch für Schulen leitend sein sollten.**)

„She is beautiful“ und „He is intelligent“

Dr. Juliane Jarke vom Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib) und Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI) der Uni Bremen hielt einen Impulsvortrag zu partizipativer und sozialverantwortlicher Technikgestaltung und Künstlicher Intelligenz. Ein Exkurs in die Künstliche Intelligenz zeigt: Algorithmen, Übersetzungs- und Suchprogramme sind nicht neutral. So übersetzte ein Programm aus dem Finnischen „She is beautiful“ und „He is intelligent“, obwohl der finnische Text in beiden Fällen geschlechtsneutral war. Sucht man „professionelle Frisuren“, so erhält man Bilder von weißen Männern und Frauen. Sucht man „unprofessionellen Frisuren“, werden Bilder von schwarzen Frauen angezeigt. Programme in Jobcentern empfehlen häufiger Fortbildungen und bestimmte Themen für Männer als für Frauen. Den erfrischenden, peppigen Filmbeitrag „Frauen, vernetzt euch! 75 Jahren Frauenpower in den Medien“ gibt es hoffentlich bald im Netz zusammen mit einer Nachlese der Fachtagung zu sehen.

Nach den Fachvorträgen wurden in vier Foren Themen vertieft: „Digitalisierung als Jobmotor für Frauen!“, „Digitale Gewalt – analoge Gefahr?“, „#Frauengesundheit – Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung“ und „Digitale Medienkompetenz? Kein Hexenwerk“. In den abschließenden Zusammenfassungen wurde deutlich, dass sich die Ansprüche an Medienkompetenz enorm gesteigert haben. Eine geschlechtergerechte Gestaltung des digitalen Wandels muss auf die politische Agenda.

Im Landesfrauenrats Bremen – Bremer Frauenausschuss e. V. (bfa) sind heute 35 Organisationen vereint, die Fraueninteressen vertreten. Die aktuellen Themen umfassen ein weites Spektrum, zu dem „Frauen in den Aufsichtsrat von Werder!“ (hat zumindest für eine Frau geklappt) genauso gehört wie

„Sucht man „professionelle Frisuren“, so erhält man Bilder von weißen Männern und Frauen. Sucht man „unprofessionellen Frisuren“, werden Bilder von schwarzen Frauen angezeigt.“



Die Digitalisierung schreitet rasant voran, genauso schnell altern Smartphones. (Foto: GEW)

„Geschlechtergerechtigkeit im digitalen Wandel“. Auch die GEWlerinnen sind über den Landesfrauenausschuss des DGB im bfa vertreten. Der AK „Frauen“ der GEW hält regelmäßigen Kontakt zu den DGB-Frauen. Mehrere GEW-Vertreterinnen haben an der Fachtagung teilgenommen.

*) Irmgard Enderle (Sozialistin und Publizistin), Anna Stiegler (Sozialdemokratin), Agnes Heineken (Liberale), Käthe Popall (Kommunistin) und Anna-Klara Fischer (parteilos, aus der Abstinenzbewegung kommend vom Frauenbund für alkoholfreie Kultur) gründeten parteiübergreifend den Bremer Frauenausschuss.

**) Dritter Gleichstellungsbericht Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutscher Bundestag Drucksache 19/30750, 19. Wahlperiode 10.06.2021, Stichworte aus den Handlungsempfehlungen mit Schulrelevanz: Mehr Teilhabe von Frauen in der Digitalbranche und geschlechtergerechte

Technikgestaltung, Frauenanteil in Führungsebenen erhöhen, MINT-Förderprogramme fortführen und früh ansetzen, vor algorithmischer Diskriminierung schützen, digitalisierungsbezogene Kompetenzen in allen Phasen des Lebenslaufs und unabhängig vom Geschlecht vermitteln, Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten verankern und flankieren, um die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit in der digitalen Transformation der Arbeitswelt zu verbessern, Vorbilder und positive Beispiele in den (sozialen) Medien fördern, Ausbau der Medienbildung hinsichtlich der Thematik „Geschlechterstereotype und soziale Medien“, Schutzschirm bei digitaler Gewalt ausgestalten und etablieren, Kompetenzen in Bezug auf digitale Gewalt auf- und ausbauen sowie nachhaltige Strukturen in Fachberatungsstellen schaffen, Leitprinzip Gleichstellung in der Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ realisieren, Finanzmittel zur Förderung der Digitalisierung gleichstellungsorientiert verteilen. ■

Swing in die Bildung!

GEW-Senior*innen und ihr inspirierendes Bildungswochenende in Bad Zwischenahn

Von Karl-Heinz Pitz



Wenn Tablets gute Laune machen (Foto: AK Senioren)

Mitte September organisierten Marianne Berger und Sabine Faust mit 14 anderen Senior*innen ein interessantes Wochenende, gebucht über „Arbeit und Leben e.V. Bremen“, in der frisch renovierten Bildungsstätte in Bad Zwischenahn. Das Seminar stand unter dem Motto „Teilhabe im Alter“. Deshalb sahen wir uns zu Beginn einen Ausschnitt der „3 nach 9“-Talkshow (<https://www.youtube.com/watch?v=-H9cgfwcUXE>) an, in der die Ärztin Marianne Koch erklärt, was wichtig ist, um im Alter fit zu bleiben: Bewegung, gute Ernährung, intellektuelle Herausforderungen, zwischenmenschliche Beziehungen und Musik – entweder selbst praktizieren oder mindestens bewusstes Genießen von Musik. Deshalb brachte dann Ernst Steinhoff die Teilnehmer in Stimmung durch einen interessanten Vortrag über die Geschichte von Jazz und Swing. Bei den musikalischen Beispielen wippten alle Teilnehmer*innen beswingt mit dem Fuß und wir begriffen schnell, warum die Nazis etwas gegen diese Musik hatten und sie als Negermusik bezeichneten. Denn „Wer den Swing in sich hat, kann nicht im Gleichschritt marschieren!“. Ernst kündigte an, dass es im April wieder ein filmisches Vorprogramm im Kino City 46 für das nächste Jazzhead-Festival in Bremen geben wird. Spätes-

tens dann werden sich sicherlich einige Teilnehmer*innen des Wochenendes wiedersehen.

„Enkeltauglichkeit erhöhen“

Der Samstag wurde dann vom Medienpädagogen Markus Gerstmann vom Lidice-Haus in Bremen geleitet: Es wurden nicht nur viele Fragen im Umgang mit Smartphones und Laptops beantwortet und die „Enkeltauglichkeit“ der Teilnehmer*innen erhöht, in dem sie lernten, wie man mit einfachen Mitteln einen kleinen Film drehen kann, sondern es wurde auch heftig diskutiert, ob die sogenannten neuen Medien, wirklich ein Fortschritt im Schulunterricht sind und welche Haltung die GEW dazu einnehmen sollte.

Das Handwerk der Lebenskunst

Aber auch die körperliche Betätigung kam nicht zu kurz: Nach einem Spaziergang am Zwischenahner Meer führte uns Ernst praktisch in die Methode der Progressiven Muskelentspannung ein. Am Abend blieb dann noch genügend Zeit, um alte Schulfahrungen auszutauschen. Es entstand dabei das Bedürfnis, nach Möglichkeiten zu suchen, den heutigen Schulunterricht

„Denn: Wer den Swing in sich hat, kann nicht im Gleichschritt marschieren!“

mal zu besuchen und vielleicht auch eigene Erfahrungen mit heutigen Schüler*innen und Lehrerkolleg*innen zu diskutieren. Überhaupt wurde in vielen kleinen Randgesprächen über das Thema Bildung diskutiert: Was von den in Artikel 26 (s.u.) formulierten Bildungszielen erfüllt denn der aktuelle Schulunterricht in Bremen? Ist nur Corona für die zunehmenden Zahlen von psychischen Erkrankungen verantwortlich? Welchen Beitrag sollten die Schulen leisten, um das Handwerk der Lebenskunst zu erlernen? Ist Bildung nicht mehr als nur der Erwerb von kognitiven Fähigkeiten? Ist nicht vielmehr eine Bildung notwendig, die tatsächlich für das Leben und am Lebendigen bildet – auf allen Ebenen: körperlich, emotional, mental und spirituell?

Aktiver Ruhestand

Am Sonntagvormittag beschäftigten wir uns mit dem Thema „Mitgliederbindung/Mitgliederwerbung von Senior*innen“. Wie können wir es verhindern, dass Kolleg*innen mit Eintritt in

den Ruhestand aus der GEW austreten? Wir sammelten Ideen dazu und fanden uns schnell in einer umfassenden Diskussion wieder mit folgender Frage: „Welchen Beitrag können die Senior*innen in der GEW leisten, um die GEW weiterhin zu einer starken Interessensvertretung aller Beschäftigten im Bildungswesen zu machen?“

Deutlich werden muss, dass die GEW nicht nur eine Rechtsschutzversicherung in Arbeitsrechtsfragen ist, wie manche meinen. Natürlich hat sie die arbeitsrechtlichen Interessen ihrer Mitglieder im Fokus, aber ebenso wichtig ist der gesellschaftliche Beitrag, den diese Organisation zur aktuellen bildungspolitischen Diskussion leistet.

Vielen Dank an alle Teilnehmer*innen und vor allem an die beiden Organisatorinnen für dieses inspirierende Wochenende. Das allein war schon ein Argument für mich, um mich weiterhin innerhalb der GEW an den aktuellen Diskussionen zu beteiligen. ■

Neuer Arbeitskreis Arbeits- und Gesundheitsschutz

Von Ingo Lenz

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz an Bildungseinrichtungen ist, angesichts der zunehmenden multiplen Belastungen, ein sehr aktuelles Thema. Die Etablierung eines proaktiven auf Partizipation beruhendes Arbeitsschutz-Gesundheitsmanagement vor Ort ist notwendig. Die gesetzlichen Vorgaben bieten eigentlich eine gute Grundlage dafür. Sie finden jedoch nur ungenügend Anwendung. Der Gewerkschaftstag hat beschlossen, zu diesem Thema einen Arbeitskreis zu gründen. Eine erste Aufgabe wird die Erfassung und Imple-

mentierung relevanter Arbeitsschutzbestimmungen sein. Weitere Themen: Die Information der Kolleg:innen über die Arbeitsschutzbestimmungen, die Entwicklung von Hilfen zur Etablierung von Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes vor Ort sowie auf das gewerkschaftliche Einwirken auf Entscheidungsträger:innen in Politik und Verwaltung.

Interessierte Kolleg:innen melden sich bei info@gew-hb.de mit dem Betreff Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene Mitglied gibt es eine unserer Prämien.*



Powerbank Poki



Gewürzreibe von Zassenhausen



Pictures – Spiel des Jahres 2020



30-Euro-Spende



Hautfarben-Stifte



Thermo-Frenchpress



GEW-Bento Box



Twist & Go Edelstahl-Wasserflasche



Sandwichmaker



Büchergutschein



Weinset Lebenshilfe



30-Euro-Spende

**Neues Mitglied werben und weitere Prämien ansehen
unter: www.gew.de/praemienwerbung**

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon Fax

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

Bekenntnisse eines Wachhundes

Eine Antwort auf die Stellungnahme von Gunnar Weber und Unterzeichneten

Von Werner Pfau



1. In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift sprachen sich Gunnar Weber und weitere GEW-Mitglieder in eindringlichen Worten gegen eine angebliche Diskriminierung Ungeimpfter in der Bildung und anderswo aus. Es drohe eine Spaltung der Gesellschaft durch die staatliche Politik, würden weitere Einschränkungen eingeführt. Selten ist ein Text so durch die Ereignisse überholt worden wie dieser. Mittlerweile sind die Zahlen explodiert und Ungeimpften ist der Zutritt zu fast allem verwehrt, eine allgemeine Impfpflicht rückt näher. Zu dieser kann man kritisch stehen, wie es beispielsweise die Bremer Gesundheitssenatorin tut. Dennoch betont auch sie, das Impftempo müsse dringend beschleunigt werden, unter anderem durch Aufklärung.

2. Die in der Stellungnahme vielbeschworene Freiwilligkeit der Impfung kann nicht heißen, dass die Entscheidung sich allein im Privaten abspiele, als individuelle Risikoabwägung ohne Bezug auf andere. Vermutlich wäre das bei einer durch Zeckenbiss erworbenen Hirnhautentzündung der Fall; wer die Impfung ablehnt, steckt bei eintretender Infektion niemanden an. Bei Covid-19 ist das anders. Die Impfung dagegen ist ihrem Wesen nach eine kollektive Maßnahme. Der Schutz einer Person gegen einen ersten oder erneuten Ausbruch ist um so größer, je höher der Impfgrad der Gesamtbevölkerung ist. Im Hinblick auf die aggressive Delta-Variante hatte das RKI ja bereits im Sommer 2021 eine Impfquote von 85% angemahnt. Wer also Schutz für notwendig erachtet, muss nach freier Erwägung auch wollen, ja ist sogar darauf angewiesen, dass andere mitziehen und die Impfung nicht bloß als unverbindliches ‚Angebot‘ ansehen. Das könnte man als den epidemiologischen Imperativ bezeichnen. Ihn den skeptisch Gesinnten zu erklären, heißt nicht Druck ausüben, sondern an Einsicht zu appellieren. Wo stattdessen moralische Empörung auftrumpft und eine Stigmatisierung Ungeimpfter, da ist eure Sorge vollkommen berechtigt.

3. Doch weshalb stellt ihr Behauptungen wie die folgende auf? ‚Immer mehr ÄrztInnen und WissenschaftlerInnen sprechen sich gegen eine Impfung von Kindern und Jugendlichen aus‘. Zunächst gilt es zwischen den beiden Gruppen zu unterscheiden: Bei Kindern lässt sich debattieren, obwohl Claudia Bernhardt schon eine Impfstation für sie vorbereitet. Jugendlichen ab zwölf hingegen legt die Ständige Impfkommission schon seit August 2021 nahe, den Schritt zu tun. Desgleichen ruft die

Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin dazu auf, unter Verweis auf Untersuchungen bei zehn Millionen Fällen. Christian Drostent empfiehlt es und würde übrigens, wie er dem WDR sagt, auch sein eigenes Kind unter zwölf impfen lassen. Das sind drei seriöse wissenschaftliche Stimmen für die Notwendigkeit der Impfung in besagter Gruppe. Eure Belege für das Gegenteil konnte ich leider nicht überprüfen – ihr liefert ja keine. Eine solche Berufung auf ominösen Ungenannte offenbart in Zeiten, wo impfskeptische Gruppen reichlich Fake News verbreiten, bedenklichen Stil.

4. Fragwürdig ist auch die Wortwahl in Bezug auf Beschäftigte in der Bildung, die sich für das Impfen, unter Umständen sogar als Pflicht, einsetzen. Im Text heißt es, diese sollten sich nicht zu ‚Wachhunden‘ oder ‚Erfüllungsgehilfen‘ der ‚staatlichen Corona-Politik‘ machen. Klingt der eine Begriff nach gefletschten Zähnen, weckt der andere irritierende politische Assoziationen, mit finsternen staatlichen Machenschaften, deren Büttel man nicht werden dürfe. Es sei dahingestellt, ob Staaten eher von humanitären oder ordnungspolitischen Motiven getrieben sind. Doch so gut wie alle Regierungen auf der Welt, über Parteigrenzen hinweg, verfügen seuchenpolitische Maßnahmen. Die einzigen, die sich offen dagegen aussprechen, sind rechtspopulistische Kräfte wie Trump und die AfD; vielleicht wollen sie dem Schöpfer nicht ins Handwerk pfuschen oder nach sozialdarwinistischer Manier der Natur ihren Lauf lassen, worin sie sich nebenbei mit esoterischen Gemütern treffen. Gegen solchen Irrationalismus, der Köpfe vernebelt und Seuchenschutz behindert, sehe ich mich als Lehrer in der bescheidenen Pflicht, etwas Aufklärung zu betreiben. Mit Glück gelingt es mir, einen kleinen Spaltpilz in die Gemeinde zu säen und Einzelne abtrünnig zu machen. Falls mich das zu einem ‚Erfüllungsgehilfen‘ macht, ist das eben so. Nachher, wenn die letzte Welle abgebt ist, können wir gerne kritische Diskussionen führen, etwa über die skandalös schlechten Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen. Wir säßen gemeinsam im selben Raum, ohne Maske, bei einem kühlen Bier, und wir hätten zumindest ein Problem weniger. ■

Leserbriefe



Der Alltag in Schulen: Masekn und Tests (Foto: Susanne Carstensen)

Nicht mit mir!

Drehen wir die Sache mal rum: wie kann es sein, dass ich von sozialer und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen bin, weil ich mich nicht dem Risiko von Infizierung durch Menschen aussetzen will, die sich der gesellschaftlichen und vor allem menschlichen Verantwortung in dieser Pandemie verweigern? Warum sollte ich solidarisch sein mit Menschen, die nicht nur mich gefährden, sondern auch die Pandemie am Laufen halten und unser Gesundheitssystem und die darin tätigen Menschen bis an die Grenze des Leistbaren belasten? Oh nein, nicht mit mir! Und schon gar nicht, wenn unbelegt behauptet wird, dass Kinder und Jugendliche eher durch die Impfung als durch Covid-19 gefährdet seien.

Albrecht Clauß

Spalterei geht weiter voran

Wir freuen uns, dass endlich kritische Beiträge zur Corona-Impfdebatte in der Zeitung erschienen sind. Kritik wird leider viel zu selten öffentlich geäußert. Wir unterstützen die Forderung, dass die Impfung weiterhin freiwillig bleibt und dass von der Politik kein Druck ausgeübt werden darf. In diesem Sinne finden wir auch das Vorpreschen von der Senatorin Frau Aulepp mit ihren Forderungen nach einer Impfpflicht für Lehrer völlig verkehrt. Auch das Abfragen des Impfstatus der Lehrer dient dazu den Druck weiter zu erhöhen. Das ist

sicherlich kontraproduktiv. Denn im Regime der Angst kann keine pädagogische Arbeit gedeihen. In diesem Sinne sehen wir auch, dass die 2G oder 3G Regelungen bei Elternabenden oder anderen schulischen Veranstaltungen die Spalterei weiter vorantreiben.

Wir wünschen uns weitere Beiträge, die verschiedene, weniger gehörte Standpunkte widerspiegeln. Ein Austausch mit Argumenten sollte in dieser Zeit mehr kultiviert werden. Viel zu häufig werden nicht gefällige Meinungen einfach nur diffamiert statt inhaltlich diskutiert. Wenn Sie Interesse haben, könnten wir einen Text verfassen, in dem wir die Problematik bei der Kinderimpfung beleuchten.

Claudia Wandelt und Katrin Urban

Freiwillige Impfung

In der BLZ 05/21 möchte ich der Stellungnahme zur Corona-Impfpolitik "Ausgegrenzt" zustimmen. Bildungsorte sind nicht dazu da, politische Meinungen an Schutzbefohlene zu übertragen, und auch die Lehrenden sollten keinem Zwang unterliegen müssen. Diese Impfung ist freiwillig und muss es auch bleiben, auch wenn die Politik hier ein Gebahren jenseits der Wissenschaft zeigt und keine mahnenden Worte zu Nebenwirkungen zulässt. Dem sollte sich die Schule nicht anschließen!

Herbert Kramtsch



Eine andere Meinung

Die Kundgebung zum 1. Mai fand unter Einhaltung der damals geltenden Coronaregeln statt. Und das war gut so, denn die Inzidenz im Land Bremen lag am 1. Mai bei 127,7 nachdem sie am 15. April mit 168,7 den Höhepunkt der dritten Welle erreicht hatte. Einen Demonstrationszug inmitten der dritten Welle mit den, zu dem Zeitpunkten, noch sehr limitierten Impfangboten zu organisieren, wäre in meinen Augen fahrlässig gewesen.

Als GEWERkschafterin wäre es mir schwergefallen, glaubhaft zu kommunizieren, warum wir zu einer Demo inmitten der Pandemie aufrufen, wenn wir uns zeitgleich und kontinuierlich seit einem Jahr mit der zu dem Zeitpunkt noch verantwortlichen Senatorin Bogedan um einen besseren Infektionsschutz in Bildungseinrichtungen streiten.

Und eine größere Mobilisierung, wodurch die Kundgebung dann

Gefahr gelaufen wäre, sich zu einem Superspreaderevent zu entwickeln, wäre auch nicht im Sinne der Gewerkschaft gewesen. Ja, die Stimmung war zeitweise gedrückt, das Wetter trug auch seinen Teil dazu bei. So brach unsere GEW-Vorsitzende Marlis Tepe die letzte 1.Mai Rede in ihrer Amtszeit, aus Rücksicht auf die zunehmend nasser werdenden Teilnehmer*innen, vorzeitig ab und sprach beispielsweise nicht mehr zu dem ihr (und mir) sehr wichtigen Thema der Notwendigkeit internationaler Solidarität, welches sich jetzt auch in der Coronakrise wieder ganz stark zeigt.

Aber es war einen Versuch wert und auf jeden Fall besser als digital irgendwelchen Reden zuzuhören und womöglich zeitgleich aufzuräumen oder Essen zu kochen.

Elke Suhr

Aus zwei Mails des hessischen Kollegen Trutz Schadt:

„Vielen Dank für die Zustellung der BLZ, die schon für das Auge ein wohltuendes, norddeutsch-unaufgeregt daherkommendes Layout vorweist und so einen wie mich zum beschaulichen Schmökern einlädt.(...) Gut gefallen haben mir die Beiträge über Franz Boas und die "Armut in einem reichen Land".

Verdienstvoll auch die Rubrik " Buchtipps, zusammengestellt von der Redaktion". Für die habe ich zwei Vorschläge: Das eine Buch ist sehr geeignet für Sozialkundelehrer und gehört schon deshalb in die Liste hinein, weil einer der Autoren Mitglied der GEW-Bremen ist: Hickel, Rudolf/König, Johann-Günther/Pfeiffer, Hermannus: **Gewinn ist nicht genug**. 21 Mythen über die Wirtschaft, die uns teuer zu stehen kommen.

Das Buch, bei Rowohlt im Frühjahr erschienen, ist sehr unterhaltsam und faktengefüllt geschrieben!!!

Das andere Buch ist äußerst brauchbar für Geschichtslehrer: Pandel, Hans-Jürgen: **Geschichtstheorie**. Eine Historik für Schülerinnen und Schüler- aber auch für ihre Lehrer.

Das Buch kommt vom Wochenschauverlag und plädiert unter anderem für den inzwischen aus der Diskussion verschwundenen Begriff Ideologiekritik.“ (...)

Ich wertschätze den in der BLZ praktizierten Stil, der erkenntlich macht, dass der darzustellende Gegenstand im Mittelpunkt steht, und nicht der Darsteller. (...)

Gut gefallen hat mir auch diesmal der als Teil 2 von Werner Pfau über Foucault geschriebene Artikel . Es gehört doch schon Mut dazu, diesen Nonplusultra-Mann der Humanwissenschaft zu demontieren.“

Trutz Schadt

Peinlicher Gesang

Liebe Redaktion, ich unterstütze übrigens eure angestrebte Namensänderung sehr. Gerne nutze ich die Mitgliederzeitschrift für das Teilen meiner Gedanken zur PV in Bremen. Seit Jahren bin ich überzeugtes GEW-Mitglied. Gewerkschaftliche Teilhabe gehört zu meinem Selbstverständnis von Arbeit.

Am 16. November war im Vorlauf des Warnstreiks (18. November) eine Personalversammlung anberaunt. Es war die erste an der ich nicht teilnahm, wohl weil ich die pandemische Lage anders einschätzte als die Organisator:innen. Bestimmt haben sich diese große Mühe gegeben, alles so sicher wie möglich ablaufen zu lassen. Als mir dann Kolleg:innen berichteten, dass während der Veranstaltung gesungen (!) wurde, befahlen mich und die berichtenden Kolleg:innen einige Gedanken und Fragen, an denen meine Gewerkschaft teilhaben soll.

Ich frage: Ist es euch besonders wichtig, Kolleg:innen und Schüler:innen, die in Schulen nicht singen durften, weil es da so eine kleine Pandemie gab (habt ihr vielleicht in den Medien bemerkt) zu verspotten? Sollten wir die viel zu spät angeschafften Lüftungsgeräte lieber als Ablage für Gesangsbücher nutzen? Kennt ihr das Gefühl des Fremdschämens, das einen befällt, wenn der senile Onkel zum runden Geburtstag einen schlecht gereimten Text vortragen will, obwohl alle mit den Augen rollen? Legt ihr es darauf an, dass Sachlichkeit und Vernunft nicht all zu sehr mit der Bildungs(!)-Gewerkschaft in Zusammenhang gebracht werden? Wofür steht das „W“ in GEW? Ich bin angesichts dieser, sich womöglich wiederholenden Aktion fassungslos und hinterfrage meine Mitgliedschaft sehr. Mit peinlich berührtem Gruß und ohne Gesang.

Timo Daberkow





Provozierte Reaktion - hoffentlich gewollt

ZWEI FOTOS UND „GEREIMTE“ WORTE
SOLLEN FRISCHLUFT UNS BESCHEREN
UNTERRICHT DER ALTEN SORTE
HIER WILL ICH MICH DANN DOCH VERWEHREN

IST DAS ETWA DER NEUE TON
LÜGEN GILT ES ZU „ENTKERNEN“
SARKASMUS PUR UND BLANKER HOHN
WO BLEIBT HIER KREATIVES LERNEN

ERSTMAL DIE TRUPPE RUNTERPUTZEN
NICHTS SEIN NICHTS KÖNNEN = UNIFORM
WEM ABER SOLL DAS GANZE NUTZEN
FÜHRT SOLCHER WEG DENN ZUR REFORM

DAS PARLAMENT IST DIE INSTANZ
DIE IHRE LEHREN ZIEHEN SOLLTE
MIT HERZ UND HIRN UND AUCH DISTANZ
DAS UMSETZT WAS DIE MEHRHEIT WOLLTE

FÜREINANDER EINZUSTEH'N
UND VERTRÄGE EINZUHALTEN
IST NICHT IMMER NUR BEQUEM
ES GILT COURAGE ZU ENTFALTEN

NEUES DENKEN, NEUE LUST
ÄNDERT ALLERORTS VERHALTEN
MANCHEM IST DAS SCHON BEWUSST
DRUM BLEIBT VIELES NICHT BEIM ALTEN

Wolfgang Naegeler



Geben Sie Kindern eine Zukunft

Kinder leiden am meisten unter den Folgen von Umweltzerstörung und Klimawandel. terre des hommes setzt sich deshalb dafür ein, dass für Kinder das Recht auf eine gesunde Umwelt verwirklicht wird.

Geben Sie Kindern eine Zukunft und unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende oder durch Ihre aktive ehrenamtliche Mitarbeit bei uns.

 terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not



www.tdh.de



www.vectorstock.com/huza

Leseempfehlungen

zusammengestellt von der Redaktion



Lassen Sie es mich so sagen...

Georg Schramm, Blessing-Verlag, 2007, Kindle-e-book 7,99€ oder gebraucht

Wiederentdeckt: Die Kunstfigur des Rentners Lothar Dombrowski entlarvt den Alltagswahnsinn. Immer noch aktuell und lesenswert für Freunde des politischen, engagierten Kabarets. Leider tritt Schramm nicht mehr auf, er fehlt gerade in Zeiten der möglichen, politischen Orientierung und Sortierung. Hier können sich ebenfalls renitente Rentner eine Scheibe abschneiden. Aber nicht nur die Älteren werden ihre Freude z.B. an den Berichten aus den SPD-Ortsvereinen, in denen an geschmückten Tischen die Ehrenurkunden ausgegeben wurden (und werden): „De Muddi hat es auch gefalle, also mei Frau war ja dabei, die is ja selber net in de SPD, aber damit se dabei sei kann, habe se extra für sie eine Einladung geschickt. War schön... Wir habe uns aufs Sofa gesetzt un auf die SPD angestoße.“



Bremer Rundschau - Bremen und Bremerhaven seit 1989 aus Sicht eines Zeitungskorrespondenten"

Eckhard Stengel, Kellner-Verlag, 2021, 24,90 €

Blicke zurück können auch Schritte voraus sein. Sich an Ereignisse erinnern hilft beim Einschätzen von Gegenwart und Zukunft. Das sind die ersten beiden Argumente für dieses lesenswerte Buch, das Eckard Stengel jetzt – rechtzeitig vor Weihnachten – vorgelegt hat. Der jahrzehntelange Bremen-Korrespondent vor allem für die Frankfurter Rundschau beschreibt in seiner „Bremer Rundschau“, 420 Seiten stark, anschaulich und hintergründig was sich in unserem Bundesland in den vergangenen 30 Jahren so alles ereignet hat. Es ist ein Sammelband seiner interessantesten Artikel.

Seit 1989 ist in Bremen und Bremerhaven viel passiert. Da gab es die „Piepmatzaffäre“ – das Ende der ersten und wohl auch letzten Bremer Ampelkoalition. Da gab es das lange Scheitern des Bremer Vulkans. Die Entwicklungen bis

zum Ende sind in Stengels Werk natürlich zu lesen. Genauso die Geschichte des Guantanamo-Häftlings Murat Kurnaz oder die Gründe für das Sterben von Kevin. Aber es gab auch bildungspolitische Ereignisse aus dem kleinsten Bundesland von bundesweitem Interesse. Zum Beispiel den sogenannten Schulkonsens, der nicht nur Beifall fand und findet. „Die Spaltung der Bildungslandschaft“ wird beschrieben, die „Schule für alle“ wird als unrealistische Vision weit in die Zukunft verortet und auch die GEW Bremen wird zitiert: „Die Mehrgliedrigkeit des Schulsystems wird zementiert.“ Ein anderes Beispiel ist natürlich das Thema Inklusion. Da bekommt das Land Bremen außerhalb unserer zwei Städte ja bessere Noten. Stengel berichtet vom „Inklusionswahn“ der Schulleiterin Christel Kelm. Mit Verwaltungsgerichtsurteilen wurde ihre Argumentation ausgebremst und klar gestellt, dass die Förderschüler:innen das erhöhte Lerntempo der Gymnasialisten nicht verzögern.

Immer wenn Bremen überregional Schlagzeilen machte, meldete sich Stengel zu Wort. Herausgekommen ist ein Sammelband mit 240 ausgewählten und gut recherchierten Artikeln. Ein Geschichts- und Geschichtenbuch, das auch für Insider Bremens ein Nachschlagewerk mit Mehrwert ist. Stöbern und staunen – keine so schlechte Kombination beim Lesen. (krü)



Noch dreimal Montag, dann musst du ins Flugzeug

Wortwechsel, Kellner-Verlag, 14,90€

»Noch dreimal Montag, dann musst du ins Flugzeug« stellt die Perspektive von neu nach Deutschland gekommenen Kindern zwischen 6 und 10 Jahren in den Mittelpunkt. Die Perspektive von so jungen Kindern findet sich selten und macht das Buch besonders interessant. Die ausdrucksstarke Gestaltung ist sehr sensibel auf die Kindertexte abgestimmt. Die Bilder, Geschichten und Fotos erzählen mit wenigen Worten vielstimmig vom Wegmüssen, vom Ankommen in Deutschland, von Erinnerungen und Sehnsucht, von Wünschen nach Sicherheit und von der Flucht: »Wir konnten keine Sachen mitnehmen, weil wir unsere Geschwister tragen mussten.« Die über zwei Jahrzehnte in Sprachkursen gesammelten Dokumente zeigen unkommentiert mit den Stimmen der Kinder eindrucksvoll, wie Zerrissenheit zwischen der aufgegebenen und der neuen Welt während der teils langen Phasen des Ankommens zum Wegbegleiter wird, sie zeigen aber auch Neuanfänge und Hoffnungen. Ergänzt wird das Buch durch Texte, in denen Kinder als Erwachsene von ihrer Zerrissenheit zwischen den verschiedenen Lebenswelten berichten. (Clara Schmidtman)



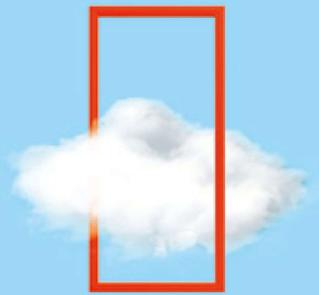
Das Virus Demokratie? Eine Abschätzung

Mathias Richling, Westend-Verlag, 2021, 20,00€

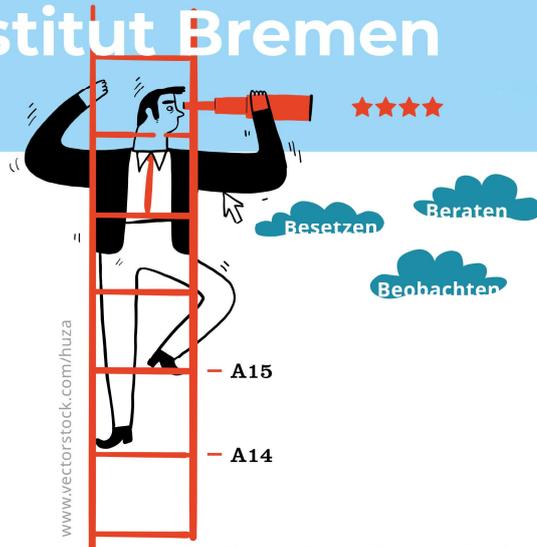
Die Herden-Immunität gegen unsere Demokratie verhindern! Die Corona-Pandemie bringt nicht nur Politiker auf absonderliche Gedanken, sondern auch Kabarettisten. Während erstere die Demokratie und das Grundgesetz mit Panik-Maßnahmen durchlöchern, versucht der Kabarettist Mathias Richling mit diesem Buch zu retten, was noch zu retten ist. Es gilt die Herden-Immunität gegen unsere Demokratie zu verhindern. So ist dieses Buch nicht nur eine scharfsinnige Bestandsaufnahme darüber, was das Covid19-Virus an psychischen und physischen Langzeitfolgen für unsere Gesellschaft anrichtet, sondern auch ein Appell an unsere Wachsamkeit gegenüber vorauseilendem Gehorsam sowohl an der Basis als auch in Wissenschaft und Politik.

<p>DFG-VK DEUTSCHE FRIEDENSGESellschaft - VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNERINNEN</p>	<p>Landesverband Niedersachsen- Bremen</p> <p>e-mail: bremen@dfg-vk.de e-mail: nds-hb@dfg-vk.de www.dfg-vk.de</p>	<p>»Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.«</p>
	<p>Wir suchen Mitglieder, die sich bei uns engagieren wollen</p> <p>Ihr könnt eigene Ideen mit einbringen!</p> <p>FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN</p> <p>KEIN WETTRÜSTEN</p> <p>Friedlich denken allein ändert nichts Mach mit - sei dabei!</p> <p>Wir wünschen Frohe Weihnachten!</p>	

Qualgeburt oder Steißgeburt - das Qualitätsinstitut Bremen



Von Wilfried Meyer



Aus gegebenem Anlass, weil ich es brauche und es mir gut tut

Die Qualitätsabteilung unseres GEW-Bildungsmagazins unterstützt aufs Ausdrücklichste die leider elendig schwelende Gründung eines Qualitätsinstituts für die Bremer Bildung. Unter fadenscheinigen Vorwänden wird behauptet, es lasse sich kein Direktor finden. Allein in unserer Redaktion wären 3 Mitglieder(:innen) sofort bereit für A14/A15 in diese Bresche zu springen. Mut zur Lücke eben. Schmerzhaft reißt diese Besetzungs- und Verzögerungshaltung eine pädagogisch und qualitativ ausgesprochen tiefe Kerbe in den Schulalltag. Kolleginnen und Kollegen fiebern diesem Institut nun schon seit zwei Jahren entgegen. Sie hatten soviel Hoffnung auf Besserung. Was haben andere was wir nicht haben? Ein Institut.

3 B-Regel: Beobachten-Beraten-Besetzen

Dieses soll laut Weserkurier vom 7.11.21 „Defizite in der Bildungslandschaft klar benennen.“ Die Schulen fragen sich, um welche Defizite es sich handeln soll. Diese gibt es schlicht nicht. Das Institut soll „Schulen beobachten und beraten“, dem stimmen wir vorbehaltlos zu, denn an Beratung mangelt es ganz besonders. Und die Beobachtung der Schulhöfe durch Drohnen ist dringend geboten, Schule von ganz oben gesehen. Keiner zu sehen auf der Karriereleiter? Eindringlich gewünscht werden laut unseren repräsentativen Umfragen pensionierte Schulleiter, Schulaufsichten, LIS-Führungskräfte, oder wenn es super läuft auch ehemalige Mitarbeiter des IQB in Berlin. Voraussetzung sollte aber eine mindestens 2 wöchige Unterrichtserfahrung, die sich auf 40 Jahre verteilen kann, sein. Alles andere machte keinen Sinn.

Politik testen

Vorgeschlagen wurde noch die End-Verwertung ehemaliger Bildungsdeputierter aller Parteien (wie z.B. Güngör) oder erfahrenerer Bildungspolitiktreibender (gender) wie Scherf, Jürgens-Pieper, Lemke, Kahrs, Quandte-Brandt, Bogedan...

Allerdings sollten diese auch die Tests, die stattfinden oder neu durchgeführt werden sollen, selbst entwerfen, an sich testen und evaluieren und dann in den Schulen auch auswerten. Das kann an freien Plätzen wie unrenovierten Schulen oder maroden Turn- und Schwimmhallen stattfinden, um die Motivation der Getesteten und Tester anzustacheln, die als mehrfach Getestete später durch die Qualitätssteigerung im Jetzt in der Zukunft diese pädagogisch und auch gebäudemäßig gestalten werden würden, wenn sie denn die Tests bestehen und damit beweisen, daß sie der Gründung eines Qualitätsinstitutes 2022 (oder so) würdig gewesen sind. Und wie schon die ehemalige, gefeierte Abteilungsleiterin im Bildungsressort Frau von Ilseman zu beweisen versucht hat: „Man kann auch mit wenig Geld viel erreichen!“ Und wir würden jetzt zur Untermauerung und zum Beweis unserer steilen These eines super aufgestellten und aktuellen Bildungsressorts auf die Qualitätsseite eben dieser Behörde verweisen wollen.

Bitte, bitte, klicken sie aus Spass:

<https://www.bildung.bremen.de/schulqualitaet-5134>

Um unter der Headline „Schulqualität“ zu erfahren: „Für die bremischen Schulen wird diese Verlässlichkeit unter anderem über den Bremer Orientierungsrahmen Schulqualität sowie über die im Schulentwicklungsplan von 2008 enthaltenen Merkmale einer guten Schule sicher gestellt.

Materialien: Orientierungsrahmen Schulqualität. Der Orientierungsrahmen wird derzeit überarbeitet. *Eine neue Fassung finden Sie nach Fertigstellung an dieser Stelle.*“ Und das steht da seit 2013!! Daran kann man erkennen, wie ernst es um die Qualität steht und wie lange es dauern muß. damit wirklich Qualität auf den Teller kommt. Also Geduld in den Klassenräumen, nicht nervös werden und einfach unqualitativ so weiter arbeiten. Die Behörde am Rembertikreisel brummt schon und wird am Ende etwas ganz Tolles gebären.

Termine



AK Gute Bildung für Geflüchtete

Montag, 10. Januar · 17 Uhr

AK Senioren

Dienstag, 11. Januar · 10.15 Uhr

AK Pädagogische Fachkräfte

Mittwoch, 12. Januar · 17 Uhr

AK International

Donnerstag, 13. Januar · 17 Uhr

FG Berufsbildende Schulen

Dienstag, 18. Januar · 17 Uhr

AK Frauen

Mittwoch, 19. Januar · 18.30 Uhr

AK Pädagogische Fachkräfte

Mittwoch, 02. Februar · 17 Uhr

Vertrauensleute

Montag, 07. Februar · 17 Uhr

FG Inklusion

Montag, 07. Februar · 17 Uhr

AK Gute Bildung für Geflüchtete

Montag, 07. Februar · 17 Uhr

AK International

Montag, 07. Februar · 17 Uhr

AK International

Donnerstag, 10. Februar · 17 Uhr

Alle Arbeitskreise und Fachgruppen finden in der GEW-Geschäftsstelle statt.

*je nach Pandemiegeschehen sind die Termine in Präsenz (3 G-Regel / 2 G-Regel)

Impressum

bildungsmagaz!n

November 2021 / Dezember 2021
70. (82.) Jahrgang

Herausgeber

Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

Tel. 0421 337 64-0

Fax 0421 337 64 30

blz@gew-hb.de

www.gew-bremen.de

www.gew-bremerhaven.de

Geschäftszeiten: Mo – Do 8 – 12.30,
13 – 16 Uhr und Fr 8 – 14 Uhr

Redaktion

Susanne Carstensen

Tel. 0152 31882209

susonne2000@gmail.com

Swantje Hüsken

Tel. 0151 10774532

huesken@posteo.de

Karsten Krüger

Geschäftsführender Redakteur

Tel. 0173 6831678

kkrueger@posteo.de

Wilfried Meyer

Tel. 0170 2953984

wilfmey@t-online.de

Werner Pfau

Tel. 0172 1609809

internationales@gew-hb.de

Korrektur

Gerhild Fiege

Verlag

Bonifatius GmbH

Druck – Buch – Verlag

Karl-Schurz-Str. 26

33100 Paderborn

Tel. 05251 153-171

verlag@bonifatius.de

Layout und Gestaltung

das grafik.buero

Kai Becker

Tel. 0173 7458834

www.dasgrafikbuero.net

Anzeigen

Anzeigenpreisliste

Karsten Krüger

Tel. 0173 6831678

Anzeigenschluss

Heft 1 am 24.01.2022

Der Bezugspreis des bildungsmagazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,-€ zuzüglich Zustellgebühr inkl. MwSt.

Die Redaktion arbeitet laut Satzung eigenverantwortlich. Die mit dem Namen der Verfasser:innen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der GEW-Gremien oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion



www.blauer-engel.de/uz195

- ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt
- emissionsarm gedruckt
- überwiegend aus Altpapier

RG4

Papier: Circle Volume, 100%,
Recyclingpapier

Auflage: 5500 Exemplare

Fussball-Sport

Ole Werner für uns: „Unsere Aufgabe wird es sein, die Stellschrauben zu finden, um der Mannschaft mit unseren Ideen sofort zu helfen.“

Immer **dienstags, Treffen 16.15 Uhr**

Halle der GSW

Jede/Jeder, der Spaß am Fußball hat, ist willkommen

Kontakt: Wilfried 0170 - 2953984

Seminare

 Die geplanten Seminare (siehe unten, Stand: 6.12.21) finden hoffentlich statt.

Aktuelle Informationen dazu unter

www.gew-hb.de

Seminar für Personalausschüsse

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalausschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem und die Abgrenzung zum Personalrat aus? Wie gehen wir mit Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der Personalausschüsse diskutiert. In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V.

Dienstag, 12. Februar, 9 bis 16 Uhr

Bremen, DGB-Haus;

Leitung: Frank Zylinski, Christian Dierbach
Kostenlos für GEW-Mitglieder

(Nicht-Mitglieder: 20 €)

Facetten der Zuwanderung

Ein Seminar der AG Gute Bildung für Geflüchtete: Inhaltlich werden wir uns in diesem Jahr mit Herkunftssprachen auseinandersetzen. Wir werden dazu eine Sprachwissenschaftlerin hören und dann weiter in Workshops dazu vertiefend arbeiten. Wir wenden uns an die Beteiligten in Schule, Lehrkräfte, Sonderpädagogen und SchulsozialarbeiterInnen.

Mittwoch, 16. Februar, 9 bis 16 Uhr

Anmeldeschluss: 02.02.

Bremen, DGB-Haus

Leitung: Barbara Schüll

10 € für GEW-Mitglieder

(Nicht-Mitglieder: 40 €)

Barcamp: Digitalisierung für die GEW nutzen

Mithilfe eines Barcamps, einem offenen Veranstaltungsformat, wollen wir in verschiedenen „Sessions“ erarbeiten, wie die Digitalisierung für die GEW genutzt werden kann. Alle Anwesenden sind eingeladen ihre Fragen, ihr Wissen und ihr Können in selbstgestalteten Diskussionen, Frage- und Antwortrunden sowie Mini-Workshops einzubringen.

Freitag, 18. Februar, 16 Uhr bis

Samstag, 19. Februar, 16 Uhr

Marschenhof, Wremen

(Wurster Nordseeküste)

Leitung: Inge Voigt-Köhler, Sophia Ziese

Kostenlos für GEW-Mitglieder

Crashkurs Videofilmen

Der Erfolg einer Demo, einer Veranstaltung, der Personalratswahlen oder sonstigen Aktion hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, das Ganze medial zu präsentieren. In diesem Seminar werden aus vorliegenden Fotos und Videos kurze Filme für die gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit produziert. Dabei diskutieren wir über Kriterien für eine Nutzung von Fotos und Videos für gewerkschaftliche Aktionen und Kampagnen. Wir lernen, wie man Filme am PC mitschneidet und nachvertont und schließlich die Filme ins Internet hochlädt.

Leitung: Frank Hasenbein

Freitag, 25. Februar, 15 bis 19 Uhr

Bremen, DGB-Haus

Leitung: Frank Hasenbein, Sophia Ziese

Kostenlos für GEW-Mitglieder in Funktionen

Preisrätsel – Teil 3

Liebe Leser:innen,

Weihnachten naht und die Redaktion ist weiter in Geber:innenlaune.

Nachdem das zweite Preisrätsel in Heft Nr. 5 / 2021 auf großen Zuspruch stieß, entlassen wir Euch in die Zeit zwischen den Jahren mit einer frischen Rätselfrage. Die Spielregeln sind hinlänglich bekannt: Richtige und schnelle Antwort = Büchergutschein (20 Euro) plus Getränk in Flaschenform (DIN 6096). Aber auch für die beiden Nächstplatzierten gibt es GEW-Sekt.

Frage: Welches Gesetz wird gemäß Artikel 47 der Bremisches Landesverfassung verkündet?

Antwort: Per Mail an blz@gew-hb.de

Viel Erfolg und einen gesunden Rutsch in 2022! Heft Nr. 1/ 2022 offenbart dann die drei Sieger:innen!

Herzlichen Glückwunsch an die Gewinner:innen des Rätsels in Heft Nr. 5: Helmut Peter, Tonia Czarnecki und Reinhild Gallmeister-Credo. Der verdiente Rätsellohn steht für Euch in der Geschäftsstelle bereit.

***Behaltet die Geduld,
behaltet den Optimismus.
Schöne Weihnachtsferien
wünscht Euch die Redaktion***